

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 48, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 53.

Montag, den 4. März 1918.

25. Jahrg.

Friede mit Rußland.

Wie nach den Vorgängen der letzten Wochen nicht anders zu erwarten war, ist nun der Friede mit Rußland geschlossen worden. Ein gestern abend eingelaufenes Telegramm meldet:

WTB. Berlin, 3. März. (Amtlich.) Der Friede mit Rußland ist heute 5 Uhr nachmittags unterzeichnet worden.

Näheres über den Inhalt des Friedensvertrages liegt noch nicht vor. Ohne ihn zu kennen, kann man aber heute schon sagen, daß es sich hier leider um keinen Frieden der Verständigung handelt. Es ist ein Schwertfriede, der hier zustande gekommen ist. Das beeinträchtigt die Freude aller derjenigen, die im Interesse Deutschlands und der Mittelmächte einen Verständigungsfrieden mit dem Osten wünschten, ganz wesentlich. Wir müssen damit rechnen, daß wir aus diesem Kriege herausgehen werden, ohne die Feindschaften im Osten zur Entspannung gebracht zu haben. Im Gegenteil! Rußland war zu Beginn des Krieges in der Masse seiner Bevölkerung dem Deutschen Reiche kaum feindlich gesinnt, heute scheidet es aber aus diesem Kampfe unversehrt, und es sind gerade die international gerichteten Arbeitermassen, in deren Herzen der Groll über die Ereignisse der letzten Wochen weiterfrischt. Wenn der Revanchepatriotismus mit der Bourgeoisie in Rußland wieder an die Herrschaft gelangt, wird er ein verhältnismäßig leichtes Spiel haben.

Ob die Schaffung mehr oder minder selbständiger Rand- und Bufferstaaten für Deutschland eine wirkliche Machterweiterung oder nicht vielmehr nur neue Verlegenheiten und die Gefahr neuer kriegerischer Verwickelungen bringt, muß die Zukunft lehren.

Ohne Freundschaften und ohne unbedingt zuverlässige Bundesgenossenschaften im Osten und Südosten wird Deutschland also aus diesem Kriege hervorgehen. Um so mehr müßte darum die deutsche Politik gegen Westen auf einen Frieden eingestellt sein, der ein wirklicher Frieden und kein bloßer Waffenstillstand ist. Das ist nämlich eine Aufgabe, die nicht leicht zu lösen ist, man kann wohl sagen: die umgekehrte wäre die viel leichtere gewesen. Auch vom rein machtpolitischen Standpunkt aus hätte man wünschen müssen, zunächst einmal im Osten eine möglichst breite Rückenbedeckung zu gewinnen für künftige Möglichkeiten im Westen. Aber die Tatsachen haben einen andern Gang genommen, und nachdem Rußland nicht nur als militärischer Gegner der Gegenwart, sondern auch als politischer Freund der Zukunft so gründlich wie nur möglich erledigt worden ist, stehen wir vor der Frage: Woher nehmen wir die politischen Freundschaften, ohne die auf die Dauer auch das stärkste Volk der Welt nicht leben kann?

Da müssen wir uns denn vor allem eingestehen, daß wir auf Freundschaften im Westen noch viel weniger als im Osten rechnen können und daß sich dieser Krieg zugleich mit dem Friedensschluß in lauter vertagte Feindschaften auflöst. Und da muß man sich vor allem darüber klar sein: Werden gewisse Pläne hinsichtlich Belgiens festgehalten, so wird man sie — vielleicht — zur Ausführung bringen können, man wird aber dann dessen gewiß sein müssen, daß der Ring um Deutschland, der für den Augenblick militärisch geprengt ist, desto sicherer politisch wieder zusammenwachsen wird.

Graf Nowodomy hat in der Etatsdebatte die Hoffnung ausgesprochen, daß eine künftige Staatskunst die Wiederkehr politischer Konstellationen, gleich der vom Sommer 1914, verhindern werde. Geht aber die deutsche Politik den Weg, auf den sie eine starke Strömung im Osten gedrängt hat, im Westen jetzt zu drängen versucht, dann wird dieser Krieg das Beste, was er dem Deutschen Reiche bringen konnte, nicht gebracht, er wird sein eigentliches politisches Ziel verfehlt haben, und das deutsche Volk wird sich am Ende des Krieges in einer feindslicheren Welt wiederfinden als an seinem Anfang.

Darum dürfte auch der stärkste militärische Optimismus die deutsche Politik nicht auf einen Weg locken, an dessen Ende als Ziel die Erfüllung aller machtpolitischen Träume steht. Wir deutschen Sozialdemokraten halten fest an unserem Ziele eines Friedens der dauernden internationalen Verständigung — nicht aus theoretischer Berranntheit, sondern aus der realpolitischen Erkenntnis heraus, daß dies auch der Frieden ist, den unser Volk braucht. Wir schrecken zurück vor dem Gedanken, daß dieses Jahrhundert von nichts anderem ausgefüllt sein soll als von dem jähren Kampfe um eine nationale Welt Herrschaft, dessen Ende kein Prophet uns künden kann.

WTB. Großes Hauptquartier, 3. März.
(Amtlich.)

Se. Majestät der Kaiser und Königin haben aus Anlaß des Friedensschlusses mit Rußland an den Reichskanzler Grafen v. Hertling folgendes Telegramm gesandt:

Großes Hauptquartier, 3. März.
Das deutsche Schwert hat geführt von großen Heerführern den Frieden mit Rußland gebracht. Mit tiefer Dankbarkeit gegen Gott, der mit uns gewesen ist, erfüllt mich stolze Freude über die Taten unserer Armee, über die zähe Ausdauer meines Volkes. Daß deutsches Blut und deutsche Kultur hat gerettet werden können, ist mir eine besondere Befriedigung. Empfangen auch Sie für Ihre treue, starke Mitwirkung am großen Werke meinen warmen Dank.
Wilhelm I. R.

Ueber die dem Abschluß des Friedensvertrages vorangegangenen Verhandlungen liegen folgende Meldungen vor:
Brest-Litowsk, 2. März. Die neuen Friedensverhandlungen des Vierbundes mit Rußland wurden in einer Vollversammlung unter Vorsitz des Gesandten v. Rosenbergs heute vormittag eröffnet. Der Vorsitzende schlug vor, zur Regelung der politischen Fragen einen gemeinsamen Vertrag der vier Verbündeten mit Rußland abzuschließen, die wirtschaftlichen Abmachungen und die rechtlichen Fragen teils in Anlagen zum Hauptvertrag, teils in Zusatzverträgen für jeden einzelnen der Verbündeten getrennt zu erledigen.

Herr Sokolnikow, der Führer der russischen Delegation, erklärte sich hiermit einverstanden, worauf in die sachlichen Verhandlungen eingetreten wurde. Der Vorsitzende übergab Herrn Sokolnikow einen von den Verbündeten gemeinsam aufgestellten Entwurf des politischen Hauptvertrages unter eingehender Darlegung der einzelnen vertraglichen Bestimmungen. Ebenso wurden der russischen Delegation von den Vertretern der vier verbündeten Mächte Entwürfe für die wirtschaftlichen und rechtlichen Abmachungen mit entsprechender Erläuterung mitgeteilt.

Die russische Delegation behielt sich ihre Stellungnahme zu den einzelnen Punkten vor, bis ihr das Material in seiner Gesamtheit vorgelegt sei. Nachmittags nahmen die Verhandlungen ihren Fortgang.

Brest-Litowsk, 2. März. Im Laufe des heutigen Tages fanden zwanglose Besprechungen zwischen den Vorsitzenden und einzelnen Mitgliedern der verbündeten Delegationen und der russischen Abordnung statt.

Die nächste Besprechung ist auf morgen, Sonnabend, 11 Uhr vormittags, anberaumt.

Die militärischen Bewegungen in Großrußland eingestellt.

WTB. Berlin, 3. März, abends. (Amtlich.)
Infolge der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Rußland sind die militärischen Bewegungen in Großrußland eingestellt.
Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Die alten Fehler.

In der Geschichte wiederholt sich alles zwei und mehrere Male. Wenn Karl Marx diesem Worte Hegels hinzufügt, das erste Mal als Tragödie, später als Tragikomödie, so haben die letzten Ereignisse diesen Nachsatz widerlegt. Als gewaltiges Drama erleben wir zum zweiten Male, daß der Sonderfriede mit Rußland Preußen-Deutschland aus den Fesseln einer europäischen Koalition befreit.

Seit jenem ersten Male, seit 1763, besteht der Gedanke einer traditionellen Freundschaft zwischen Rußland und Preußen-Deutschland. An und für sich ein gutes Programm unserer Auslandspolitik, das nur in den Zielen und in der Art seiner Durchführung mit zwei Fehlern belastet wurde. Die Anlehnung an Rußland hatte bei uns immer eine aggressive Tendenz, einen ausgesprochenen Feindschaftscharakter gegen einen dritten Staat, ohne daß es seit Napoleon I. jemals gelungen wäre, ein definitives Bündnis mit Rußland abzuschließen. Kam es zum offenen Bruch mit diesem dritten Staate, so war Rußland zu keiner Waffenhilfe verpflichtet; blieb es bei einer Krise, so hatte es immer freie Hand gehabt, zwischen uns und unseren Kontrahenten den mehr oder minder ehrlichen Mäcker zu spielen. Zunächst richtete sich unser Einverständnis mit Rußland gegen Frankreich, auch nachdem die Epoche Napoleons I. erledigt war. Als aber die Schlußabrechnung mit Frankreich 1870 erfolgte, da mußte Deutschland seinen Strauß mit dem westlichen Nachbarreich allein ausfechten. Seither wollte unsere Politik Rußland gegen England brauchen, zum Schluß gegen Japan. Unter der Kanzlerschaft Schenckels bestand freilich so etwas wie eine kontinentale Koalition gegen England. Aber es war wieder kein festes Bündnis. Die britische Staatskunst verstand es mit alter Meisterschaft, Halbbündnisse gegen England in Vollbündnisse für England umzuwandeln. Als England in der Marokkokrise sich völlig auf Frankreichs Seite stellte, da fanden wir an Rußland keinen Fürsprecher, im Gegenteil, Rußland hielt zu England und Frankreich. Und daß es auch kein glücklicher Gedanke war, Rußland als Schild für

die asiatische Kolonie gegen Japan zu benutzen, lehrt die Geschichte des jetzigen Krieges.

Unser Mißgeschick in den Bemühungen um die russische Freundschaft war eine Folge der falschen oder einseitigen Methode, mit der wir diese Freundschaft nachsuchten. Das war der zweite Fehler. Die deutsche Regierung sah als reale Macht in Rußland nur das Zarentum und seine Bureaucratie. Gegen alle Elemente, die die russische Revolution vorbereiteten, führte oder unterstützte sie den Kampf. Besonders die Reichskanzlerschaft Bülow's ist in diesem Punkte ein trauriges Kapitel unserer Politik. Er demütigte sich wie ein Heflakai vor dem erhabenen Herrscher aller Reußen und verfolgte seine Gegner als Schnorrer und Verschwörer. Zu Duzenden, zu Hunderten lieferte er russische Revolutionäre an die zaristischen Behörden aus; er ließ ein wahres Spitzeregiment russischer Detektiven im eigenen Lande zu und am Vorabend der Revolution von 1905 inszenierte er in Königsberg jenen schmachvollen Prozeß, in dem deutsche Agenten und Publizisten sich wegen Verleumdung der Zarenmajestät zu verantworten hatten. Auf die Art haben wir es mit den besten Kräften des russischen Volkes, mit seiner ideal gesinnten, revolutionären Intelligenz gründlich verderben, ohne durch diese zudringliche Dienstbeflissenheit die Reaktionsvertreter in Rußland zu gewinnen. Als dann die Einkümmungspolitik Eduard VII. uns ans Dasein zu gehen begann, da erhob sich niemand in Rußland zu unserer Verteidigung, der Ring legte sich fester um uns und es rückte sich letzten Endes mit diesem Weltkrieg, daß unsere Beziehungen zu Rußland so kurzfristig auf die Harmonie unserer Konservativen mit der zaristischen Autokratie eingerichtet war.

Gelernt haben die Konservativ-Altdeutschen auch aus dieser Vergangenheit nichts. Unter anderen Verhältnissen kehren die alten Fehler wieder. Als vor zwei Jahren zum ersten Male das Gerücht von einem deutsch-russischen Sonderfrieden auftauchte, waren die lautesten Fürsprecher Konservativ-Altdeutsche. Sie wollten dem geschlagenen Gegner in des Wortes wahrster Bedeutung goldene Brücken zu einem nahezu annexionslosen Frieden bauen. Warum? Der Zar saß noch auf dem Throne, seine Bureaucratie regierte. Immer haben sie ihre Liebe zu ihm bekannt und die alte Liebe begann wieder wie einst im Mai zu erglücken. Ein Jahr später hielt man vorerst einen russisch-deutschen Sonderfrieden für die nächste Auswirkung der russischen Revolution. Die Altdeutschen blieben kühl bis ans Herz hinan. Der erhabene Herrscher aller Reußen war gestürzt, das Regiment der reaktionären Bureaucratie hatte ein Ende. Da war es mit der Liebe unserer Konservativen für Rußland vorbei! Erst seit dieser Zeit begannen sie das Annexionsprogramm auch nach der Ostseite mit aller Schärfe zu betonen.

Der politische Radikalismus hat sich feither in Rußland ins letzte Extrem gesteigert. Das ehemalige Zarenreich ist jetzt eine in mancherlei Einzelstaaten zerfallene Republik. Mit so etwas will eine konservative Seele nichts zu tun haben. Wäre es nach den Wünschen unserer Lieberls und Revantlows gegangen, so hätte man sich überhaupt nicht in Verhandlungen eingelassen. Leuten wie Trozki und den ukrainischen Delegierten diktiert man, aber man unterhandelt mit ihnen nicht! Es war daher geradezu ein Fest für die Konservativen und Altdeutschen, als es hieß, der Krieg gegen Rußland geht weiter. Auch jetzt, wo bereits wieder und diesmal definitiv über den Frieden mit Rußland verhandelt wird (Der Frieden ist inzwischen am 3. März geschlossen. (Red.), wünschen sie den Fortgang der militärischen Aktionen, am liebsten bis zur Einnahme von Petersburg und bis zum Sturz der Bolschewiki-Regierung. Dies ist für unsere Reaktionen die Hauptsache. Denn so stark ist ihre Angst, das deutsche Volk könnte doch noch vom Bolschewismus angeekelt werden und mit ihnen einmal „russisch“ reden, daß sie nun am liebsten dieses gefährliche Rußland bis weit hinter den Ural verbannen möchten. Ihr schlechtes Gewissen läßt sie völlig übersehen, wiewohl andere wirklich ernsthafte Gefahr uns von Rußland droht, wenn wir die alten Fehler wiederholen und nur mit einer Minderheit statt mit der Mehrheit des russischen Volkes in Frieden und Freundschaft leben. Die Bolschewiks sind die Mehrheit, für die sie sich ausgeben, nicht, aber die Sozialrevolutionäre mit ihrem noch so vielfach zersplitterten Anhang demokratischer und sozialistischer Parteien bilden heute unzweifelhaft die große Mehrheit unseres östlichen Nachbarvolkes. Ihnen gehört die Zukunft; ihr Nationalgefühl, ihren politischen Idealismus und ihre wirtschaftlichen Interessen mißachten, das hieße die Saat der Revanche ausstreuen, vor der Scheidemann in seiner jüngsten Reichstagsrede nochmals eindringlich gewarnt hat.

Wir sollten uns freuen, daß nach dreizehnjähriger kriegerischer Verkrampfung aller Völker sich wenigstens an einer Front die Waffen senken dürfen, daß endlich ein Frieden zustandekommt, der Dauer verspricht, denn Rußland wird als militärischer Faktor für absehbare Zeit kaum noch in Frage kommen. Vielleicht hört es auch auf, ein Weltteil zu sein — denn ein solcher war es doch bisher mit seiner unmeßbaren Ausdehnung und seinen unjähigen

terschaften — aber immer wird es ein großes, zukunftsreiches Land bleiben, dessen Schicksal uns auch dann nicht gleichgültig werden kann, wenn keine Grenzen nicht unmittelbar mit unseren zusammenstoßen, sondern durch neue Länder, die aus dem Leibe des toten Zaren reiches geschnitten sind, von uns getrennt sein werden.

Jedenfalls müssen wir unsere politischen Beziehungen zu Russland ebenso einer „Neuorientierung“ unterziehen, wie unsere eigene innere Politik. Wir wollen die Freundschaft mit Russland, aber wir wollen sie nicht mehr mit Rücksicht auf eine etwaige Waffenhilfe gegen einen dritten Staat, und wir wollen den Wert dieser Freundschaft nicht danach taxieren, ob die politische wohlwollenden Persönlichkeiten unserer Konservativen die russische Staatsleitung in der Gewalt haben oder nicht.

Nach dem Friedensschluß mit Rußland.

Nachdem der Frieden mit Rußland abgeschlossen ist und damit die kriegerischen Operationen gegen unseren östlichen Nachbarn — die uns nach dem gestrigen Heeresberichte eine ungeheure Beute brachte — eingestellt sind, wendet sich das Interesse nunmehr neben den kommenden Vorgängen im Westen, den

Friedensverhandlungen mit Rumänien

Nach den gestrigen Heeresberichten ist der Waffenstillstand mit diesem Lande gekündigt worden. Rumänien hat sich aber bereit erklärt, in neue Verhandlungen über einen weiteren Waffenstillstandsvertrag auf Grund der von den Mittelmächten gestellten Bedingungen einzutreten. Hieran sollen sich dann die Friedensverhandlungen anschließen. In Verbindung steht die Meldung aus Bukarest, daß die Rumänen sich auf den Boden der vom Vierbunde vorgelegenen Verhandlungsgrundlage gestellt haben und Vertreter zur Beratung über den Friedensschluß entsenden werden.

In den nächsten Tagen dürfte also auch dieser Friedensvertrag zustande kommen. Daß hier ein Fricke der Verständigung erzielt wird, bezweifeln wir.

Im Westen

Lebt die Kampfaktivität wieder auf. Man rührt sich dort auf beiden Seiten und rückt zu jenem furchtbaren Schlage, der heute schon im bloßen Gedanken daran, die Herzen erzittern läßt. Denn daß dieser Schlag noch zu vermeiden ist, daran ist leider nicht mehr zu denken, da sich ja die Staatsmänner der kriegführenden Staaten nicht zu einer Zusammenkunft zusammenfinden wollen. Mit Recht weist Kunciman in einem Gespräch darauf hin, er könne mit Balfour, dessen Ansichten über Belgien er teile, nicht darin überein, daß man jeden Gedankenaustausch zwischen den Kriegführenden abweisen muß, bevor ein wirkliches Feilschen der Uebereinstimmung erkennbar ist. Diese Uebereinstimmung kann allein durch Gedankenaustausch erzielt werden. Ebenso wenig glaube ich, daß es irgendwie schlechter ausfallen könnte, wenn man Gedanken auf einer Konferenz oder auf eine andere Weise austauscht. Selbst wenn es nicht gelingen würde, auf einer solchen Konferenz endgültig zu einer Uebereinstimmung zu gelangen, würde die Lage dadurch nicht ungünstiger werden als sie jetzt ist. Ich glaube, daß man einen Fehler begeht, wenn man über einen Gedankenaustausch die Nase rümpft, zu dem es in einiger Zeit doch kommen muß. Kein verständiger Mann wird sich einlassen, daß die Engländer die Friedensbedingungen vorschlagen können. Die Bedingungen müssen eine Folge von Beratungen früher oder später sein.

Wenn sich nur die Staatsmänner erst zu dieser Auffassung durchgerungen hätten, dann stünde es um die Sache des Friedens weit besser.

Das Eingreifen Japans in Ostasien

wird von der englischen Presse mit dem äußersten Eifer besprochen und auffallend willig befürwortet. Es ist nicht zu bezweifeln, daß Japan in engster Fühlung mit England handeln wird. Ein Reuterbericht aus Tokio betont das ganz besonders, nennt hinterdrein die Vereinigten Staaten und dann die anderen Bundesgenossen. Auf vollkommene Uebereinstimmung mit seinen Verbündeten komme es der japanischen Regierung an. Der Ministerpräsident sei äußerst notwendig; niemand solle den Eindruck erheben, daß Japan einen Nutzen aus der Lage schlagen wolle. Es wird also auch in diesem Falle für die breitere Öffentlichkeit Komödie gespielt werden. Ueber die Willigkeit der englischen Presse kann sich Japan nicht beklagen. Diese möchte Japan völlig freie Hand im Osten gewähren, jedenfalls in der Hoffnung, Japan dadurch auch zu einem weiteren aktiven Eingreifen in den Weltkrieg zu veranlassen. Die Leiter der Vereinigten Staaten sind hieron jedoch nicht gerade erbaud. Sie prüfen in aller Ruhe und werden es sich wohl noch überlegen, Japans Machtphäre in Sibirien zu erweitern. Denn wenn sie heute auch „Brüder“ sind, einander trauen sie sich doch nicht. Im Uebrigen wird Japan auch nur eingreifen, wenn es dabei „reizen“ kann. Reuter meldet aus Sydney: Der hiesige japanische Generalkonsul hat in einem Vortrag gesagt, daß Japan Australien und Neuseeland verlange, und daß die deutschen Kolonien nicht an Deutschland zurückgegeben werden sollen. Wenn dies dennoch geschehe, werde der Friede im Stillen Ozean nicht gefährdet sein.

Bezeichnend ist es übrigens, daß jetzt von japanischer maßgebender Stelle erklärt wird, Japan habe gar keine Absichten vorzuschlagen. Die japanische Regierung hat vor einigen Tagen durch ihre Botschafter die verbündeten Regierungen, sie ihre Absichten über die jüngste Entwicklung in Russland wissen zu lassen. Ein Vorschlag militärischen oder sonstigen Charakters wurde jedoch von Japan nicht gemacht.

Nach einer Meldung aus Shanghai soll auch China beschäftigt haben, an der japanischen Aktion teilzunehmen. Auf die weitere Entwicklung der Dinge im fernem Osten kann man gespannt sein. So einfach, wie es scheint, ist die Geschichte doch nicht.

Die Weiße Garde in Finnland

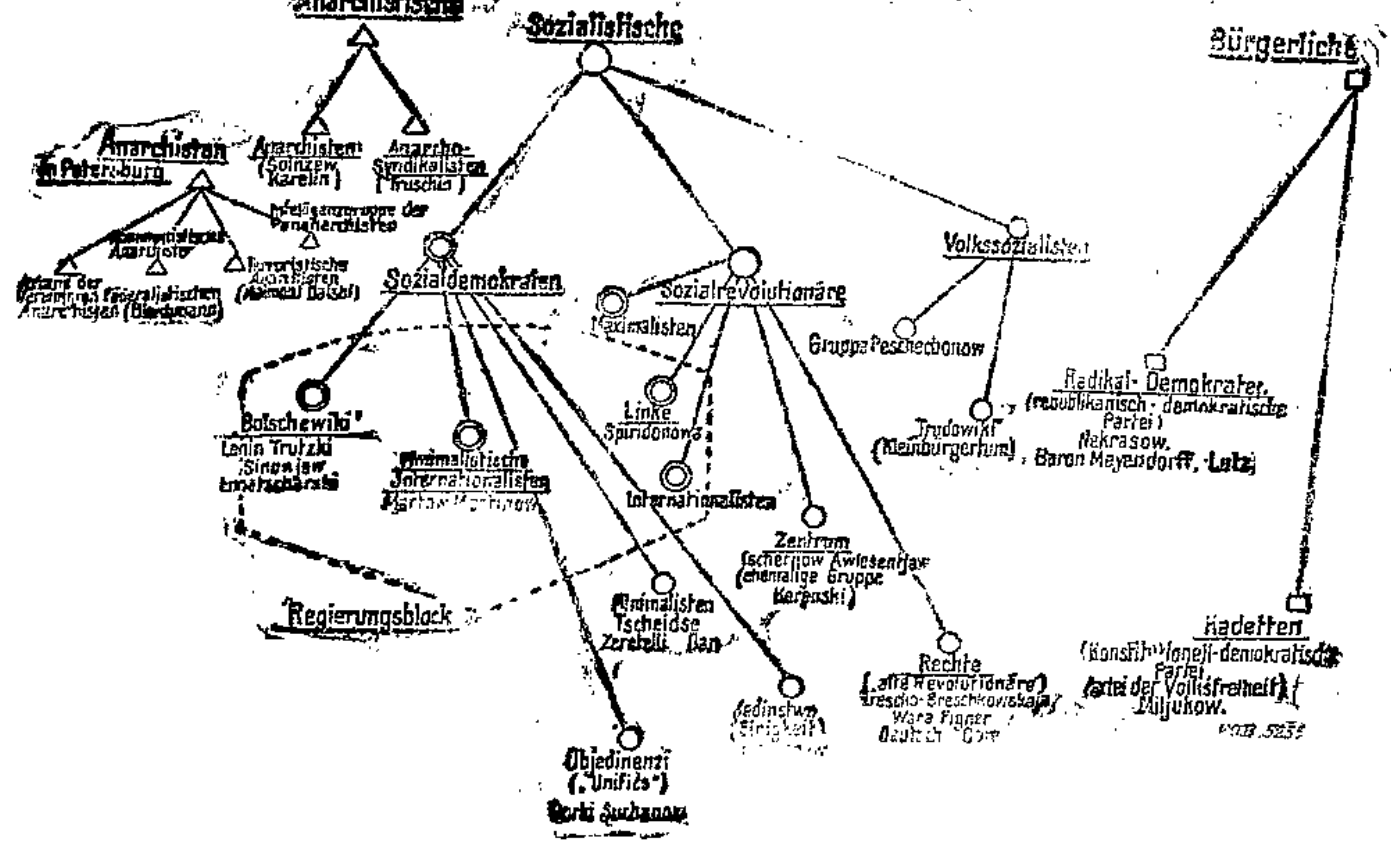
geht nach Meldungen, die aus ihr nächstehender Quelle kommen, weiter vor. Die Weiße Garde soll hiernach keinen nennenswerten Widerstand mehr leisten.

Die kroatischen Truppen an der Saloniki-Front

sollen, als sie ihre Heimkehr vorbereiten, umgekipelt sein, um nach Triest transportiert zu werden. Es soll sich um annähernd 2000 Mann handeln.

Die wichtigeren russischen Parteien

(Stand Mitte Januar 1918)



Die Beute der Mittelmächte

im Februar beziffert sich auf über 1066 Offiziere und mehr als 30 994 Mann. Hierzu kommen noch verschiedene höhere Stäbe und zwei russische Regimenter. In Beute wurden 1353 Geschütze und 2154 Maschinengewehre eingebracht. Außerdem fielen in Minsk den Deutschen 50 000 Gewehre und während des bisherigen Vormarsches 104 Lokomotiven, 5—6000 Fahrzeuge und 2548 Eisenbahnwagen in die Hände, wovon 704 voll beladen waren.

Seegefecht

wird aus Amsterdam vom 1. März gemeldet: Nach Berichten aus Wieland kam es heute nacht nördlich der Insel zu einem Seegefecht. Zwei Torpedoboots sind gestrandet oder gesunken. Fünf deutsche Schiffbrüchige von einem bewaffneten Transitor sind in Wieland angekommen. Vor der Küste treiben Boote mit anderen Schiffbrüchigen. — Nach einer anderen Meldung stammen die in Wieland angekommenen deutschen Schiffbrüchigen von einem deutschen Schiffe, von dem aus heute nacht zwischen 1/2 und 1 Uhr beobachtet wurde, daß ein deutsches Torpedoboot und zwei Minenleger im Minenfeld in die Luft flogen.

Die in Wieland gelandeten Mannschaften hatten versucht, Hilfe zu leisten, waren aber infolge des stürmischen Wetters nach der Küste getrieben worden. Die Besatzungen der in die Luft geflogenen Schiffe sind wahrscheinlich umgekommen. Wie um ein zuständiger Stelle hören, handelt es sich um ein Minenbootsboot und drei Fischdampfer, deren Besatzungen zum größten Teil gerettet wurden.

Clemenceaus Regierung

zum erstenmal eine Niederlage zu huchen. Die Regierungsvorlage, welche zwangsweise Bestätigung von Debland, auf die das Ministerium großen Wert legte, ist dadurch praktisch gescheitert, daß die Kammer einen Zusatzantrag annahm, der Zwangs- und Strafkolonien nur für Besitzer von Höfen über 10 Hektar gelten ließ. Er war, trotz des allerhöchsten Protestes des Verordnungsministers und des Regierungskommissars Compere Morel mit 262 gegen 214 Stimmen angenommen worden. Ein Ergebnis, das ziemlich Aufregung hervorrief. Compere Morel verließ sofort entrüstet den Saal und reichte keinen Rücktritt als Kommissionsberichterstatte ein. Die Regierung hofft, im Landwirtschaftsauschuß doch noch zu einer Verständigung zu gelangen.

Die Kriegslage.

Die Heeresberichte.
KTB. Großes Hauptquartier, 3. März. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Ebenfalls von Bombardiere nahmen wir eine Anzahl Gefangen. Brandenburgische Sturmtruppen brachten durch einen Vorstoß bei Rame Chapelle 66 Portugiesen, darunter zwei Offiziere, gefangen zurück.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Französische Kompanien griffen am Abend nach mehrstündiger Feuerbereitschaft unsere Stellungen bei Carbet an; sie wurden im Gegenstoß zurückgeworfen. In der Champagne lebte die Gefechtsaktivität in den Frontabschnitten vom 1. März zeitweilig aus.

Deutscher Kriegsschauplatz.
Die nach Ablauf des Waffenstillstandsvertrages eingeleiteten Operationen haben zu großen Erfolgen geführt. Die Truppen des Generalobersten Grafen Kirchbach haben Dänland und Eiland zur Unterwerfung der bedrängten Bewohner im Siegeszuge durchzogen, begleitet durch Teile der über den jugoslawischen Moon-Sund vorgehenden Besatzung der Baltischen Inseln und durch einische Regimenter, Kowal und Darpat wurden genommen. Unsere Truppen besetzen der Katwa. Die Armata des Generalobersten von Kirchbach und des Generalfeldmarschalls von Eichhorn haben in unerschütterlichem Vordringen über Danaburg und Minsk nach hierher Kampfe Wleslau sowie Poloz und Barislow genommen. In Wolost wurde die Vereinigung mit polnischen Divisionen erzielt.

Teile der Heeresgruppe Finningen haben in Uebereinstimmung mit der ukrainischen Regierung den Eisenbahnen von Lwinant über Kijew bis Gomel nach mehrfachen Kampf gesichert. Andere Divisionen unter Führung des Generals von Krüger haben, feindlichen Widerstand brechend, die auf Kiew führenden Bahnen und die Bahnhöfe Kiew-Smeretwa vom Feinde gesäubert. Am 1. März wurde Kiew im Bereich mit ukrainischen Genossen; deutsche und österreichisch-ungarische Truppen sind in Smeretwa eingedrungen.

Die dem Feinde abgenommene Beute ist auch nicht annähernd zahlenmäßig abzuschätzen. Soweit Meldungen vorliegen, sind in anderem Maß:

Im Besonderen: 6300 Offiziere, 37 000 Mann.
In Beute: 2400 Geschütze, über 5000 Maschinengewehre, viele Tausend Fahrzeuge darunter über 500 Kraftwagen, 11 Panzerautos, über 2 Millionen Schuß Artilleriemunition und 128 000 Gewehre, 200000 Säcke Getreide und 2000 Eisenbahnwagen. Hierzu

kommt die Beute von Reval mit 13 Offizieren, 500 Mann, 220 Geschützen und 22 Flugzeugen und vieles rollendes Material, Heeresgruppe Madenjen.

Der Waffenstillstand mit Rumänien ist gestern gefündigt worden. Daraus hat sich die rumänische Regierung bereit erklärt, in neue Verhandlungen über einen weiteren Waffenstillstand auf Grund der von den Mittelmächten gestellten Bedingungen einzutreten. In diese Waffenstillstandsverhandlungen sollen sich Friedensverhandlungen anschließen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Wien, 2. März. (Amtlich.)
In der Italienischen Front keine besonderen Ereignisse. In Pohlen verliefen die Operationen planmäßig. Unsere Truppen haben Bagowen, Prostorow und Wipany erreicht. Bei der Besetzung von Chotin und Kameniec Podolski ergaben sich zwei russische Korps- und drei Infanterie-Divisionskommandos.

In Beute fielen bisher über 300 Geschütze, 200 Panzerfahrzeuge, mehrere Hundert Zugwerke, eine komplette Radiostation, sowie große Mengen an Munition, sonstigem Kriegsmaterial und an Verpflegungsvorräten in unsere Hände.

Wien, 3. März. (Amtlich.)
In der Biene mehrere Feuerüberfälle. Im Gebirge verhindern starke Schneefälle seit gestern mittag jede Gefechtsaktivität. In Pohlen haben österreichisch-ungarische Bootstruppen Zmerinka nach kurzem Kampfe besetzt. Bei der Einnahme von Corobol ergaben sich ein sibirisches Korps und ein Infanterie-Divisionskommando.

Der Waffenstillstand mit Rumänien wurde gestern gefündigt. Die rumänische Regierung erklärte sich daraufhin zu neuen Waffenstillstands-Verhandlungen mit anschließenden Friedensverhandlungen auf Grund der von den Mittelmächten gestellten Bedingungen bereit.

Der Seekrieg.

Der Uboot-Krieg.
KTB. Berlin, 2. März. (Amtlich.)
Eines unserer Unterboote, Kommandant Oberleutnant S. Launburg, hat im Westlichen Mittelmeer sechs Dampfer und einen Segler von zusammen mindestens 24 000 Br.-Reg.-Tonnen versenkt.

Die Dampfer wurden zum größten Teil aus stark gestörten Geleitzügen herausgeschossen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich wahrscheinlich der englische Dampfer „Cimbria“ 3005 Br.-R.-To., sowie der frühere russische Dampfer „Empress Ekaterina II.“ 5545 Br.-R.-To. Außerdem hat das Uboot den englischen Transporter „Sardinia“ 6580 Br.-R.-To. durch Torpedotreffer schwer beschädigt und einer Ubootjalle im Artilleriegefecht drei Treffer beibringt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Was Lüben und den Nachbargebieten.

Ueber die Stellung unserer Partei zur gegenwärtigen politischen Lage wird morgen, Dienstagabend, im Gewerkschaftshaus Genosse Johannes Stellina in einer Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins referieren. Wir möchten die Genossinnen und Genossen auch an dieser Stelle auf diese wichtige Versammlung aufmerksam machen. Auch diejenigen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, die jüngst ihren Beitritt zum Sozialdemokratischen Verein erklärt haben, aber noch nicht in den Besitz des Mitgliedsbuches gekommen sind, haben Zutritt zu dieser Versammlung.

Verdingungssucht in den Großstädten.

Ein Teil der Presse hat es verstanden, so oft und so viel von den „hohen Löhnen“ der Arbeiter zu reden, und sich über das Leben und Treiben in den Großstädten aufzuhalten, daß man auf dem Lande einen ganz falschen Eindruck von dem Leben des Arbeiters bekommen hat, was zur Verbitterung zwischen Stadt und Land wesentlich beigetragen hat. Die Landleute sehen das Leben in den Großstädten mit ganz anderen Augen, resp. das wirkliche Leben in den Großstädten kommt ihnen nicht zu Gesicht. Geht ein Landmann in die Großstadt, dann tut er es, um dort einzukaufen oder sich zu amüsieren. In beiden Fällen sieht er nur die hell erleuchteten Straßen und Geschäfte und das Leben und Treiben im Mittelpunkt der Stadt. Die Leute, die ihm begegnen, sind gut gekleidet und der Besucher der Großstadt kommt deshalb zu der Meinung, daß diese Leute „faulenzeln“. Wenn er nach Hause kommt, erzählt er von diesem Leben und Treiben in der Stadt und wie er sich amüsiert habe, und seine Umgebung macht sich dann auch eine besondere Vorstellung von dem Leben in der Großstadt. Die Leute, die vom Lande in die Stadt kommen, kommen ja nicht in die dumpfen Hinterhäuser der Arbeiterviertel, in denen mehrere Familien auf einer Etage zusammenwohnen. Sie sehen nicht die ungeheizte Stube, in der eine ganze Familie sich aufhalten muß, sie sehen nicht die Werkstätte der Heimarbeiterin, die sie mit ihren Kindern zugleich als Küche, Wohnraum und Schlafraum benutzen muß, sie kommen nicht in die Fabriken, in denen die Arbeiter halbnackt und schweißtreibend, Tag und Nacht ihren Erwerb nachgehen, sie hören nichts von dem Gedröhne der Hammer

und Kisten, von dem Geräusch der Maschinen, verspüren nichts von der dumpfen, kläglich und giftigen Gassen gefüllten Luft der Fabriken und Werkstätten, wissen nicht, daß viele der Menschen, die auf den Straßen sich befinden, hastend und jagend ihrem Erwerb nachgehen. Selbst in den Warenhäusern sehen sie nur den Stillstand und beobachten nicht, daß die blasse Verkäuferin von dem Bedienen der Kundenschaft von früh bis spät nervös und fast dem Zusammenbruch nahe ist. Man muß das Leben in der Großstadt mit andern Augen ansehen und man muß sogar etwas Verständnis dafür haben, daß die Leute, die von früh bis spät in der dampfenden Fabrik und Werkstätte tätig sind, sich abends nicht in ihr kaltes, kahles und ungeheiztes Zimmer legen, in dem geheizt, gewaschen, geflüßt und geschlafen wird, sondern daß manche dann hinaus gehen auf die Straße, um „Luft zu schnappen“, um abgelenkt zu werden, und auch hineingehen in die Vergnügungstotele, um sich zu erholen.“ Der Landmann mag noch so angefrengt tätig sein, er lebt in frischer, freier Gottesnatur, wie sie sich sein Werk gestaltet und das Vieh heranwächst, wie die Saat gedeiht. Zu seiner Arbeit singen die Vögel ein Lied und auf seiner Arbeit begleitet ihn vielfach seine Frau und um ihn herum springen seine gesunden, frisch aussehenden Kinder. Das muß einmal dem Landmann vor Augen geführt werden, damit er sich andere Gedanken über die „Vergnügungssucht“ in der Großstadt macht. Die landwirtschaftliche Presse sollte, anstatt über die Vergnügungssucht in den Großstädten fortwährend zu räsonnieren, einmal selbst über diese Dinge nachdenken.

Die Zündholzpreise sollen abermals erhöht werden.

Die Herstellerpreise sollen um 50 Mk. für die Riste, oder um 25 Mk. bei Verpackung in Schachteln oder Koffern zu je 300 Stück erhöht werden. Die Kleinhandelspreise erhöhen sich um 5 Pf. für 10 Schachteln. Das Jahr 1909, das uns die Zündholzsteuer brachte, liegt für die Verbraucher schon wieder in nebelhafter Ferne. Die den Verbrauchern damals auferlegte Zündwarensteuer betrug für Zündhölzer: bei Schachteln mit weniger als 30 Hölzern 1/2 Pf., mit 30 bis 60 Hölzern 1 1/2 Pf., und mit Schachteln über 60 Hölzern weitere 1 1/2 Pf. für je 60 Hölzer. Das war im Jahre 1909. Der Krieg brachte uns dann wieder ganz bedeutende Preisaufschläge, zu denen uns die Fabriken verhalfen. Daran sollte der Mangel an geeigneten Hölzern die Schuld tragen. Vor 1909 konnte man die Schachtel „Schweden“ für einen Pfennig erwerben. In der Kriegszeit stieg der Preis für die Schachtel auf 4 und 5 Pf. Gatte „Schweden“ kosten (als Auslandsware) sogar 7 1/2 Pf., meist werden aber 10 Pf. gefordert und bezahlt. Nunmehr werden die Preise wieder, und zwar wegen „erhöhter Herstellungskosten“ steigen. So geht es immer weiter. Wo ist das Ende abzusehen? Die Zündholzindustrie hat sich während der Kriegszeit zu einer recht lobnenden Industrie für die Unternehmer herausgebildet. Ein Beispiel dafür sind die Geschäftsschäfte der Stahl- u. Nalle-Altten-Gesellschaft für Zündholzfabrikation. Das Unternehmen verfügt über eine Million Aktienkapital. In den Kriegsjahren wurden 10, 12, 14 und zuletzt 20 Prozent Dividende verteilt. Trotz dieses günstigen Geschäftes sind die Unternehmer noch nicht zufrieden. Um nun die erneuten Preissteigerungen zu begründen, wird auf die verteuerten Herstellungskosten hingewiesen. Auch die notwendig gestiegenen Löhne hindert die Unternehmer, wie das angeführte Beispiel zeigt, nicht, recht hohe Dividende auszus zahlen, nachdem vorher noch recht bedeutende Summen dem Aktienkapital zugeworfen wurden. Der Hinweis auf die Herstellungskosten ist also recht fadenförmig.

Die **Altsack-Ordnung** in Lübeck hatte am 1. März 1918 31 722 Mitglieder, darunter 75 Mitglieder von Erbkasseln deren Rechte ruhen gegen 30 815 im Jahre 1917. Auf Männer entfielen davon 16 589 (1917: 16 709), auf Frauen 15 133 (1917: 14 106). Erwerbsunfähig krank waren am letzten Februar Männer 628 (1917: 746) und Frauen 659 (1917: 635). Auswärtige für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Februar 1918 (1917: 2 600) erteilt. Sterbepfand wurde im Februar für Mitglieder in 34 Fällen, für Angehörige in 18 Fällen gewährt. Abrechnungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die sachgemäßen Verhaltungsvorschriften waren in 21 Fällen mit Strafe zu belegen. — Die freiwilligen Kassenbeiträge müßten Mittwoch und Donnerstags tunlichst in den Vormittagsstunden entrichtet werden.

wh. „Der Weltkrieg und die Revolution“ lautet das Thema, mit dem am Freitagabend im Sanitätshaus an der Gasse Eduard Adler-Kiel den 3. vollständigen Abend einleitete. Redner ging zunächst auf die Entwicklung der Menschheit ein, schilderte die Bildung verschiedener Stämme und Klassen der Bevölkerung, und kam dann auf Revolutionen zu sprechen, vor allem auf die große französische von 1789, die das Bürgertum zur Herrschaft brachte, und deren Ideen bei Ausbruch des Krieges noch das englische Weltreich beherrschten. Auch der gegenwärtige Krieg bedeute eine Revolution größten Stils. Redner schilderte die englische und die deutschen Verhältnisse und kam zu dem Schlusse, daß Deutschland das Land der Organisation, der durchstaatlichten Gesellschaft, also des Sozialismus geworden sei. Nachdem der vom 30-jährigen Kriege auf das schwerste mitgenommene und zerrissene preussische Staat ein Heer und eine Beamtenenschaft organisiert hatte, ging die Disziplin so in das Fleisch und Blut des Volkes über, daß alle Schichten sich Organisationen schufen. Das Kapital, die Bauern, die Handwerker und die Arbeiter. Das einzige Deutsche Reich von 1870 sei der preussischen Organisationsmethode zu danken. Und während damals noch Tausende von Menschen jährlich auswandern mußten, weil das Vaterland sie nicht ernähren konnte, gelang es dem bis ins Kleinste organisierten Fleische durch Industrie und Export den Weltmarkt in solchem Umfange zu erobern, daß Deutschland aus einem Menschen ausführenden, ein Menschen einführendes Land wurde. Immer unruhiger wurde durch die enorme Steigerung der deutschen Produktion das bisher die Welt beherrschende England. Es suchte mit allen Mitteln Deutschland vom Weltmarkt zurückzudrängen. Aber weder Zölle, noch Warenzeichen, noch Einkreisungspolitik vermochte das Aufblühen des deutschen Volkes zu hindern. So entschloß sich England zu seinem Gewaltakt, zum Krieg. Aber während des Krieges mußte England alle deutschen Organisationsformen selbst nachahmen, um überhaupt durchhalten zu können. Und während England so seine wirtschaftliche Revolution bekam, brach in Russland die politische Revolution aus. Kein Land wird nach dem Kriege so dastehen wie vorher. Was wird nun werden? Diese Frage beantwortete Adler damit, daß zwei Möglichkeiten vorliegen. Wenn England siegt, so würde es ein anderes England sein als früher, ein England der durchstaatlichten Gesellschaft. Siegt Deutschland, so ist es auch nicht mehr das Deutschland von 1914. Alle Versuche, den während des Krieges in das deutsche Staatsleben eingedrungenen Sozialismus wieder zu besitzeln, werden vergeblich sein. Wir werden noch mehr durchstaatlicht werden. Und Katastrophen wie in Russland können sich noch in anderen Ländern ereignen. Das eine sehe fest: Die deutschen Ideen haben sich durchgesetzt und sie werden die ganze Welt durchdringen. So ständen wir vor einer Weltwende. Um in ihr zu bestehen, bedürfte es der Einigkeit. Nur sie sei die Grundlage unserer Kraft. Wir müßten zusammenhalten, denn setzen wir uns unüberwindlich. Bei einer Niederlage Deutschlands würde auch die deutsche Arbeiterkraft schwer leiden müssen. Der Redner erteilte stürmischen Beifall. Den weiteren Verlauf des Unterhaltungsabends konnten wir nicht mehr verfolgen.

Niederabend im Marmoraal. Das gefühlvoll zusammengestellte Programm des am Sonnabend von Clara Kahschabow wieder veranstalteten Konzertes wies u. a. Kompositionen von Rich. Wagner, Franz Schubert, Karl Loewe, sowie Rich. Strauß auf. Eingeleitet durch die Arie der Elisabeth aus Tannhäuser: „Die heure Halle“ folgten eine Reihe schöner Lieder, als „Im Abendrot“, „Gretchen am Spinnrad“, „Der Knecht“, „Die Lorelei“. Die Langvolle, vorzüglich ansprechende Stimme der Künstlerin kam besonders beim Vortrag der Lieder „Der Knecht“, sowie „Breit über mein Haupt“ und „Jungfernung“ voll zur Geltung. „Die Lorelei“ wurde entzückend besser angeprochen haben, wenn die Sängerin anstatt der Klavierbegleitung, die bekannte vollständige Kom-

Der amtliche Kriegsbericht.

III. Großes Hauptquartier, 4. März. (Amtlich.)
Weltlicher Kriegsausflug.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

Eine eigene Sturmabteilung drang in der Pfler in die feindlichen Linien und nahm eine Anzahl Belgier gefangen. Starkem Feuer folgte an mehreren Stellen der flandrischen Front englische Vorstöße; sie wurden abgewiesen.

Im übrigen blieb die Gesichtstätigkeit auf Artillerie und Minenwerferstätigkeit in einzelnen Abschnitten beschränkt.

Herzog Albrecht von Württemberg.

Auf den Höhen Maashöhen waren französische Artillerie und Minenwerfer zeitweilig lebhafte.

Bei kleineren Unternehmungen nördlich vom Rhein-Marne-Kanal, westlich von Blomont und südlich von Rebral wurden 27 Gefangene eingebracht.

Weltlicher Kriegsausflug.

Infolge Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Rußland wurden gestern die militärischen Bewegungen in Groß-Rußland eingestellt.

Von den anderen Kriegsausflügen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

position gewählt hätte. Herr Kavallmeister Pfeiffer trug am Flügel zum Gesingen dieser im künstlerischen Niveau sich bewegenden Veranstaltung wesentlich bei. Beifällig und mit höchstem Interesse wurde das zum Vortrag Gebrachte von der zahlreich erschienenen Zuhörererschaft aufgenommen.

Sanitätshaus. „Das Glücksmödel“ von Max Neumann, Musik von Otto Scherz, ein Volksstück mit Gesang, steht diese Woche auf dem Spielplan. Die Handlung ist nicht gerade ureigenes Werk der Autoren. Etwas von Hofmanns Töchtern liegt darin und noch etliches mehr. Der reiche Schlossermeister Hempel vergolbet mit seinen Goldstücken das Wappenstein derer von Lerkensfeld. Sein gutgehendes Geschäft übergibt er dem Gesellen Hempel, der auch die Marie, Hofmanns Hausmädchen, zur Frau dazu bekommt. Er selbst zieht zu seiner Tochter Lotte, dem Glücksmödel, die Frau Baronin wurde. Aber die Ueberlieferung bringt ihm kein Glück. Man verleiht den Schlossermeister bei Hofmanns, trotzdem er ganz passabel aussieht und bringt es schließlich soweit, daß er mit seiner Tochter das freiherrliche Haus wieder verliert, nachdem er den Baron-Schwiegervater vorher mit einer verheirateten Frau, der Gemahlin eines Bankiers, bei dem Baron eine Anleihe aufnehmen will, in flagranti erwischt hat. Bei Hempels werden Meester und Tochter mit Freunden aufgenommen und als der Baron dort reuevoll vorpricht und sich dazu entschließt, selbst sein Brot zu verdienen, löst sich alles in Wohlgefallen auf. Die Verfasser haben sich also in keine großen geistigen Anstrengungen gemacht. Recht gute Leistung hat Herr. Kogall als Marie, Herr. Liebig als Lotte und Herr. Schuber als Hofmann. Auch die Herren Wilt und Ehrhardt waren in ihrem Spiel gut besätigt. Dagegen ließen sich die Herren Threns und Stein, sowie alle Auenig zu Uebertreibungen hinreißen. Der Vortrag der Leheren war nicht natürlich und wenn wir auch unseren bisherigen Geländschaftsaktives wenig wertvolles Vermögen bisher angetraut haben, solche Reden, wie ihn Herr Stein darstellte, gibt es doch wohl nicht darunter. Die gehören ins Irrenhaus, nicht in den diplomatischen Dienst. Trotzdem konnten die Darsteller stürmischen Beifall einheimen.

Beizung des Saatgutes mit Formalin. Auch in unserer Gegend haben einige Landwirte ihr Saatgut durch falsche Behandlung mit Formalin katebeizt. Eine Schädigung des Saatgutes ist vollkommen ausgeschlossen, wenn auf hundert Liter Wasser genau ein Viertel Liter der käuflichen 40prozentigen Formalinlösung verwendet werden und das Getreide in einem Rorb eine Viertelstunde lang in diese verdünnte Lösung eingetaucht wird. Zeit und Menge muß genau eingehalten und durch besondere Nachfrage beim Verkäufer festgestellt werden, ob die gekaufte Lösung 40 Prozent Formaldehyd enthält. Als Saatgutbeizung hat sich auch das in den Drogenhandlungen zu beziehende Ussulium gut bewährt, das nach der beigegebenen Gebrauchsanweisung verwendet werden muß. Genaue Anweisungen über die verschiedenen Beizemethoden sind von der staatlichen Pflanzenschutzstelle in Lübeck (Museum am Dom) zu beziehen und werden an die Lübecker Landwirte demnächst ausgegeben werden.

Sammelwoche für Badmaterial. Die unabhägig stährige Kriegs-Broschüre „Sammlung verankaltet in der Zeit bis zum 11. März eine Großsammlung für Badmaterial (Schwämme, Bannschalen, Zigaretten, Tüten, Packpapier aller Art usw.). Es ist bekannt, wie dringend der Bedarf nach diesem Sammelgut ist, das unmittelbar an Ort und Stelle verwertet werden soll. Es gibt keine Haushaltung, die sich nicht an einen guten Ergebnis der Sammelwoche beteiligen könnte und nicht mittelbar Nutzen davon haben wird. Sammelstelle im Salzweider (9-1, 2-5 Uhr, Fernruf 8718), die alles Aufgeschickerte durch Gütegaine vergütet.

Spende für deutsche Soldatenheime an der Front. Wir werden gebeten, darauf hinzuwirken, daß bei der Papierknappheit davon abgesehen wird, besonders Verbriefen für die Soldatenheimpende zu versenden. Es ist bei der anerkannten Notwendigkeit der Heime an der Front wohl selbstverständlich, daß reiche Gaben auch in unferer Vaterstadt für diesen edlen Zweck fließen werden. Wer das Gefühl hat, Pflichten gegen die Beschützer unserer Heimat zu haben, gebe reichlich. Ueberweisungen sind auf das Konto „Soldatenheime“ an die Spar- und Anleihe-Kasse zu senden.

Kriegsflüchtlinge. Im Februar gelangten zur Ausgabe 117211 Liter Essen. Der tägliche Durchschnitt betrug für Wittwensfen an 29 Tagen von 66 241 Litern 2 366, für Abendessen an 24 Tagen von 50970 Litern 2 124, zusammen 4 490 Liter Essen.

Rageburg. Der verurteilte Kammerherr. Der Guts-, Amtsvorsteher und Kammerherr v. Bülow hatte sich vor den Strafgerichten wegen Zuwiderhandlung gegen kriegswirtschaftliche Vorschriften zu verantworten. v. Bülow hatte seinen Schäfer angewiesen, er solle im Notfall nach eigenem Ermessen Schafe schlachten, wenn diese einzugehen drohen. Als der Schäfer nun eines Tages ein solches Schaf geschlachtet hatte, teilte v. B. dem Kreisaustrich in Rageburg mit, er habe ein Schaf nachschlachten lassen und angeordnet, das Fleisch in seinem Betriebe zu verwenden; in einem anderen Falle habe v. B. überhaupt keine Anzeige von der Nachschlachtung erstattet. v. B. soll sich dadurch gegen eine Anordnung des Kreisaustrichs vergangen haben, wonach bei Vornahme von Nachschlachtungen an den Kreisaustrich die Anfrage zu richten sei, was mit dem Tier geschehen solle, und die Entscheidung des Kreisaustrichs abzuwarten sei. v. B. machte zu seiner Verteidigung geltend, es habe sich um ein minderwertiges Tier gehandelt, so daß er annehmen konnte, er werde nach nachträglich die Genehmigung des Kreisaustrichs zum Verbrauch des Fleisches erhalten; minderwertiges Fleisch solle nicht unter die Rationierungsvorschriften; in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher habe er auch sich selbst das Fleisch überweisen können. Das Landgericht zu Altona verurteilte aber den Angeklagten zu einer erheblichen Geldstrafe und betonte im Hinblick auf eine Bundesratsverordnung seien die Kommunalverbände befugt, zu bestimmen, daß Nachschlachtungen binnen 24 Stunden anzugehen und das Fleisch an eine bestimmte Stelle abzuführen sei. Der Kreisaustrich sei mithin berechtigt gewesen, eine Anzeige vorzuschreiben,

was mit dem Fleisch aus Nachschlachtungen getan werden sollte. Gegen dieses Urteil legte v. B. Revision beim Kammergericht ein, welches die Verurteilung zu einer Geldstrafe von 250 Mk. aufrecht erhielt, im übrigen aber den Angeklagten freisprach und geltend machte, die Verurteilung des Angeklagten wegen Beihilfe in dem einen Falle könne nicht aufrecht erhalten werden, da der Haupttäter nicht verurteilt worden sei. In dem anderen Falle erhebe sich aber die Verurteilung gerechtfertigt, es komme nicht auf die Anzahl des Angeklagten, es handle sich um minderwertiges Fleisch, sondern auf die Annahme des Fleischnachhauers an; wie sich aber aus den angeforderten Ermittlungen ergebe, habe der Fleischnachhauer nicht amtlich festgestellt, daß minderwertiges Fleisch in Frage komme.

Reise nach O. Zweifels Duden. Eine hiesige Arbeiterfrau, deren Mann im Felde steht, arbeitet in einer hiesigen Fabrik. Die Frau bewahrt ihre Ersparnisse in den Kisten des Ofens in ihrer heißen Stube auf, ebenfalls hatte sie ihren Vorrat an Wurst in das Ofenloch getan. Während der Abwesenheit der Mutter machten sich ihre beiden Söhne im Alter von 11 und 13 Jahren auf die Suche nach der Wurst und fanden dabei auch das verdeckte Geld, 360 Mk. in Papiergeld. Die Knaben nahmen das Geld und tauchten gemeinschaftlich mit einem Nachbarn ab, alle Sachen, wie Taschenlampen, Bonbons, Viberbogen und dergl. So hatten die Knaben bald etwa 70 Mk. ausgegeben. Den Rest des geraubten Geldes versteckten sie teils in den Anlagen beim Bahnhof, teils in einer fremden Scheune. Sie hatten in die Wand der Scheune ein Loch gebohrt, das Papiergeld hineingelegt und daselbst mit einem Stein bedeckt. Erst nach einiger Zeit bemerkte die Frau ihren Verlust und erstattete Anzeige, weil sie an Einbruchdiebstahl glaubte. Die jugendlichen Diebe hatten sich inzwischen durch ihre großen Einkäufe und die Freigebigkeit gegen Wusthüler verdächtig gemacht, und im Verhör gestanden sie ihren Diebstahl ein. Die Beschlagnahme konnte leider nur 46 Mark wiederherhalten, denn die Verstecke waren leer. Wahrscheinlich ist das Geld wieder von anderen Dieben gestohlen.

Altona. Kampf gegen den Schleichhandel. In der letzten Zeit konnte mehrfach berichtet werden, daß durch die Aufmerksamkeit der Polizei gegen eine ganze Reihe von Personen wegen Schleichhandels und bergleichen eingeschritten worden ist. Man scheint jetzt auch in Altona den Schleichhandel etwas energischer bekämpfen zu wollen. Die höchste Zeit ist es aber auch. In den letzten Tagen wurde von der Gewerkepolizei in folgendem Falle eingeschritten: In der Weidenstraße wurden drei Personen bei der heimlichen Schlachtung von Rindern erwischt und festgenommen. Das vorgefundene Fleisch, 400 Kilogramm, wurde beschlagnahmt. In der Verdenstraße wurden vier Personen festgenommen, die Zuder, der aus einer Marmeladenfabrik entwendet war, zu Wucherpreisen in den Handel gebracht hatten. 1200 Mk. bares Geld, welches wahrscheinlich als Teilerlös des veräußerten Zuders angesehen ist, wurde bei den Festgenommenen vorgefunden und beschlagnahmt. Gegen einen Schlafster in der Ronradestraße, welcher in den Verdacht steht, aus beanstandeten eingeweihten Wurst hergestellt zu haben, wurde polizeilich eingeschritten. In seiner Wurstküche wurden etwa 270 Pfund tuberkulöse Lungen vorgefunden. In den letzten Tagen mußte wieder gegen eine Anzahl Geschäftsleute wegen Schleichhandels mit Getreide und Hülsenfrüchten eingeschritten werden. Hoffentlich wird gegen diese Leute mit aller Strenge vorgegangen. Es würde auch nichts schaden, wenn die Polizeibehörde die Namen veröffentlichte würde. Eine ganze Rüksichtnahme ist gegen derartige Menschen wirklich nicht am Platze.

Bergedorf. Töblicher Unglücksfall. In der Maschinenfabrik von Lübbe u. Vorken ereignete sich ein tödlicher Unglücksfall. Der 18 Jahre alte Lehrling Schilling geriet in das Riemenwerk der Transmission. Er wurde mehrere Male herumgeschleudert und erlitt schwere innere Verletzungen, an deren Folgen er verstarb.

Kiel. Ara enttäuscht wurde ein hiesiger Einwohner beim Amtsgericht. Er sollte den Offenbarungseid leisten, weil er der Stadt beträchtliche Steuern schuldet. In seinem Vermögenverzeichnis, das er einreichen mußte, waren auch 400 Mk. bares Geld angegeben. Daraufhin benachrichtigte man schnell einen städtischen Vollziehungsbeamten und ließ von ihm Ort und Stelle eine Kassenführung vornehmen. Sie hatte auch das Ergebnis, daß sie 400 Mk. zutage förderte. Das Geld wurde natürlich für die Steuerkasse in Sicherheit gebracht, von der Forderung des Offenbarungseides ist der Mann nun befreit, da sich seine Steuerschulden mit den 400 Mk. decken lassen.

Jehoc. Ein ganzes Warenlager zusammengekauft. Eine Ehefrau Kutz wurde in einem Zigarrengeschäft erwischt, als sie zusammen mit ihrer 11-jährigen Pflanztochter eine Kiste Zigarren stahl. Beide wurden zur Polizeiwache gebracht und es wurde bei ihrer Vernehmung festgestellt, daß die Frau schon seit Weihnachten zusammen mit der Pflanztochter in verschiedenen hiesigen Geschäften Diebereien verübt hat. Sie betrat lt. „R. Nachr.“ mit dem Rinde zusammen den Laden und kaufte eine Kleinigkeit. Das Rind hat, während die Pflanzmutter mit der Verkäuferin verhandelte, irgend einen Gegenstand, den es unbemerkt erreichen konnte, auf Geheiß der Pflanzmutter gestohlen und in eine mitgebrachte Handtasche verschwinden lassen. Auf diese Weise haben die beiden ein ganzes Warenlager gestohlen. Gegenstände zusammengebracht. Die Gegenstände wurden von der Polizei in der Wohnung der Frau K. vorgefunden und beschlagnahmt. Gestohlen sind Herren- und Damenkleidungsstücke, Stoffe und Schuhzeug, Haushalts- und sonstige Gebrauchsgegenstände und Luxuswaren, Lebensmittel, Zigarren und Zigaretten.

Bavenburg. Schleichhandel. Der Wachsamkeit der Polizeibeamten Walter ist es gelungen, zwei Risten mit über 800 Eier zu beschlagnahmen, welche ein Fuhrwerk aus Burege zur Bahn gebracht hatte und die nach Weisfalen transportiert werden sollten. Auch seien sechs Schinken der Beschlagnahme anheim, die man ebenfalls nach der Jandwirtsgegend schaffen und dort für teures Geld an den Mann bringen wollte. In beiden Fällen führt die Spur nach dem Gümmling, wo festgestellt wurde, daß für ihr Unweilen treiben. Auf diese Weise werden auch große Buttermengen regelmäßig der Gegend zum Schaden der Eingewohnten entogen. Anstatt Milch und Butter an die zuständigen Stellen abzuliefern, werden diese zu Wucherpreisen an die Händler verkauft. Die Freizügigkeit einzelner geht sogar schon so weit, mit Butter zu handeln. So hat dieser Tage eine Frau vom Lande Butter zu 12 Mk. pro Pfund in den Säulern angeboten.

Wied. Im Unwetter umgekommen ist der 70 Jahre alte Wüdhändler Klaas aus Niepe. Der Alte hatte sich am Freitag früh mit seiner mit Geflügel und Fisch beladenen Karre auf den Weg gemacht, um den Frühzug von Oberlum nach Guden zu benutzen. Unterwegs muß er dann bei dem herrschenden Sturm und Regen mit seinem Wagen in das Feuchter Tief geraten und ertrunken sein, denn Karre und Körbe wurden im Wasser aufgefunden. Der weit und breit und bekannte alte Mann hat sich unverletzt nicht aus dem Tief herausklettern können und ist somit ein Opfer seines Berufes geworden.

Umgebung Bredfelds. Einen grausigen Fund machte ein Arbeiter, der sich zum Heubeträufeln nach der Heide bei den Karpfenteichen nördlich des Stollberges begeben hatte. Neben einigen Wächern (anscheinend Testamenten) lag ausgestreckt eine männliche Leiche, die unter dem Einfluß der Witterung und wahrscheinlich durch umherirrende Tiere stark gelitten hatte. Aus der Erkennungsmarke konnte man ersehen, daß es sich wahrscheinlich um einen irgendwo entwichenen russischen Kriegsgefangenen handelt, der sich hier zum Schlafen niedergelassen und ein Jammeropfer worden ist.

Friedland. Zwei junge, hübsche „Damen“... Soldaten des 88er Grenadierregiments boten sich zwei „Damen“ aus Friedland folgendermaßen an:

Friedland, 6. Februar 1918. Zwei junge hübsche Soldatenmädchen gern in Brieflichen Verkehr treten mit uns

junge ledige Herren. Beide Damen sind blond blaue Augen, Alter 20 und 18 Jahre. Diejenigen Herren die es angenehm ist mit uns in Brieflichen Verkehr zu treten werden höflich gebeten uns zu benachrichtigen am liebsten mit einleitender Adf. Fräulein . . . Kaiserstraße 20 Jahre alt, Fräulein . . . Kaiserstraße 18 Jahre alt."

Diese beiden blonden Blauen wurde folgende Antwort: Aus dem Felde, 11. Februar 1918: "Beifolgender Brief wurde uns heute mit unserer übrigen Post in vorderster Linie übergeben. Die Zeiten sind für solche Abersheiten doch etwas zu ernst, und wir haben doch genug andere Sachen zu erleben, als uns mit diesem Blödsinn zu befassen." Ein Feldgrauer des Grenadier-Regiments 89.

Neustrelitz. Der deutsche Bundesfürst im russischen Heere. Zur Thronfolge-Frage in Mecklenburg-Strelitz schreibt die "Landeszeitung": "Verschiedene Tatsachen sind noch nicht geklärt, und aus diesem Grunde hat der Großherzog Friedrich Franz IV. im Interesse des Wohles des Landes, das eine Unterbrechung der Regierungstätigkeit erlaubt, die Regierungsgewalt, aber nicht die großherzogliche Würde in Mecklenburg-Strelitz übernommen. Er bezeichnet sich in der Proklamation selbst als Verweser der großherzoglichen Lande, was soviel bedeutet, daß Großherzog Friedrich Franz IV. sich solange als Regent betrachtet, bis eben die erwähnten Tatsachen völlig geklärt sind. - Rein die Tatsachen sind nicht geklärt. Nach dem Gottesgnaden-Prinzip hat auf diesen deutschen Thron ein Mann Anspruch, der russische Soldaten gegen Deutschland geführt hat.

während er im 2. Aufzuge gefanglich zeitweilig etwas versagte. Immerhin aber war seine Leistung anerkennenswert. Die Maria der Frau Ludwig's-Rote war lebensmüde und eckig; einige kleine gefangliche Unebenheiten waren auf eine Indisposition der geschulten Sängerin zurückzuführen. Den Grundbesitzer Sebastian gab Herr Kondradt außerordentlich wirkungsvoll. Eine schlichte und unschuldsvolle Auri schuf Fr. Bradsky. Die übrigen Rollen, Wepa (Fr. Sajih), Antonia (Fr. Sonnenberg), Kofalie (Fr. Bergau), Gemeindefürster Tonnuasa (Herr Salno) lagen in guten Händen. Der Noudro des Herrn v. Tarnoff reichte stimmlich nicht aus. In temperamentvoller Weise dirigierte Herr Dr. Kellch, während Herr Brischke für die szenische Wirkung zeichnete.

Ueber die Frage Krieg oder Frieden hat der Rat der Volkskommissare eine Kundfrage erlassen und aus allen Teilen Russlands in der Hauptsache durch die Sowjets (Arbeiter- und Soldatenräte. Red.) und die politischen Organisationen Antworten erhalten. Die Mehrzahl der eingelaufenen Antworttelegramme erklärte sich für den Frieden, der Kronstädter Soldatenrat für den Krieg. Einige Sowjets fordern die Einberufung einer allgemeinen Versammlung zur Erörterung der Frage. Die "Pravda" hält es für eine bemerkenswerte Tatsache, daß die Anhänger des Friedens doch die Ausstellung einer roten Armee fordern.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 3. März. (Amtlich.) Der unermüdbaren Tätigkeit unserer U-Boote fielen im Aermel-Kanal und an der Ostküste Englands wiederum 22 000 Brutto-Register-Tonnen Handelschiffsräume zum Opfer. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der englische Dampfer "Huntmore" von 5000 Brutto-Register-Tonnen und ein beladener englischer Dampfer von rund über 6000 Brutto-Register-Tonnen. Zwei Landdampfer von 5000 und 3000 Brutto-Register-Tonnen und ein englischer bewaffneter Fracht-Dampfer wurden mit Ladung aus harter feindlicher Sicherung herausgeschossen.

Rotterdam, 3. März. Reuter meldet aus Tokio: Entgegen den fortwährenden Gerüchten, mobilisiert Japan nicht. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, Japan sei nicht imstande, sofort militärisch aufzutreten, weil zuvor völlige Uebereinstimmung mit den Alliierten erreicht werden müsse. In Handelstreifen sei man überhaupt abgeneigt, Truppen nach Sibirien zu senden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz, Druck Friedr. Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.

Theater und Musik.

Stadttheater. "Tiefland" Oper von Eugen d'Albert. Diese prächtige Oper erfreute gestern ein zahlreich erschienenenes Publikum. Der Pedro des Herrn Laurentz Hofer gefiel uns im Besonderen und im 1. Akt gesanglich und darstellerisch sehr gut.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine. Rußland vor dem Friedensschluß. Petersburg, 1. März. (Nachricht der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die "Pravda" teilt mit:

finden durch den "Lübecker Volksboten" in den Kreisen der werktätigen Volks weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im "Lübecker Volksboten".

Verordnung

über die Regelung des Verkehrs mit Eiern und die Verteilung von Eiern.

Auf Grund der Verordnung des Stellvertreters des Reichsanwalters über Eier vom 12. August 1916/24. April 1917 verordnet das Polizeiamt:

I. Verbot des freien Eierhandels.

Im lübeckischen Staatsgebiet dürfen nur solche Personen gewerbetreibend Hühner, Enten oder Gänse zur Weiterverfertigung oder zur gewerblichen Verarbeitung erwerben oder den Erwerb vermitteln, sowie als Handels- oder Gewerbetreibende für Zwecke eines Handels- oder Gewerbebetriebes Eier haltbar machen oder Eier-Konzerne herstellen, welche hierzu vom Polizeiamt die Erlaubnis auf Grund der Verordnung des Stellvertreters des Reichsanwalters über Eier vom 12. August 1916 erhalten haben.

Als Haltbarmacher im Sinne dieser Vorschrift ist jede Behandlung der Eier anzusehen, die bewirkt, Eier für einen längeren Zeitraum genießbar zu erhalten, insbesondere das Einlegen in Essig, Wasser, Salz, die Behandlung mit chemischen Erzeugnissen, das Einbringen in Kühlanlagen, die Verwahrung in Papier, Asche, Spreu und dergleichen.

Die bei der Erteilung der Erlaubnis ausgestellte Ausweisarte ist bei der Ausführung des Geschäftes mitzuführen. Sie ist auf Verlangen den Beamten und Beauftragten des Polizeiamtes vorzulegen. Die Uebersetzung der Ausweisarte auf einen anderen Ort und die Benutzung einer für einen anderen ausgestellten Ausweisarte ist verboten.

Die Ausweisarten sind spätestens drei Tage nach Auflösung des Geschäftsbetriebes oder nach Auflösung des Angestelltenverhältnisses an das Polizeiamt zurückzugeben.

Die Ausfuhr wie auch der Versuch der Ausfuhr von Eiern aus dem lübeckischen Staatsgebiet ist verboten, soweit nicht im Einzelfalle vom Polizeiamt eine Ausnahme zugelassen ist.

II. Ablieferungsspflicht.

Die Hühnerhalter haben sämtliche Hühner, die sie nicht zur Ernährung ihrer Haushaltungsangehörigen verbrauchen, in welchem Zustande und guter Beschaffenheit an die amtlichen Annahmestellen oder die amtlich zugelassenen Aufkäufer abzugeben. Die entgeltliche oder unentgeltliche Ueberlassung von Hühnern an andere Personen ist verboten. Für den Haushaltungsbedarf darf nur die unbedingt notwendige Menge zurückgehalten werden, alle übrigen Hühner sind abzuliefern.

Die amtlichen Annahmestellen und die Namen der amtlichen Aufkäufer werden besonders bekanntgegeben.

Die Leiter der amtlichen Annahmestellen und die amtlichen Aufkäufer haben den vom Polizeiamt gegebenen Kontrollvorschriften strengstens Folge zu leisten.

Die Hühnerhalter haben eine bestimmte Anzahl Eier ihrer Legehühner als Mindestmenge abzuliefern. Als Legehühner werden 80 vom hundert des gesamten Hühnerbestandes angegeben. Die Mindestmenge wird für diejenigen Hühnerhalter, deren Hühner freien Auslauf haben, z. B. in ländlichen, gärtnerischen oder ähnlichen Verhältnissen, auf 25 Eier, und für diejenigen Hühnerhalter, deren Hühner freie Auslaufsmöglichkeit nicht haben, z. B. in vorwiegend städtischen Verhältnissen, auf 15 Eier festgesetzt.

Spätestens bis zum 15. Mai 1918 muß mindestens die Hälfte der Mindestmenge, bis zum 31. Juli 1917 der Rest abgeliefert sein. In besonderen Fällen können vom Polizeiamt Ausnahmen zugelassen werden.

Der Berechnung der abzuliefernden Mindestmenge wird die bei der Viehzählung am 1. März 1918 festgelegte Hühnerzahl zugrunde gelegt.

Jede Veränderung in der Hühnerzahl gegenüber dem Bestand vom 1. März 1918, also jeder Zugang oder Abgang von Hühnern ist dem Polizeiamt, Eierabteilung, innerhalb 3 Tagen schriftlich anzuzeigen. Die Unterlassung der Anzeige zieht Verurteilung nach sich und entbindet nicht von der Verpflichtung zur Ablieferung der auf die betreffende Hühnerzahl entfallenden Mindestmenge.

Bei der Ablieferung der Eier erhalten die Hühnerhalter eine Bescheinigung über die Anzahl der abgelieferten Eier. Diese Bescheinigung ist aufzubewahren und auf Erfordern den Beamten des Polizeiamtes vorzulegen oder dem Polizeiamt einzuzeigen.

Hühnerhalter, die ihrer Ablieferungsspflicht nicht genügen, können im Zwangswege, auch durch Vorenthaltung von Lebensmittelkarten, z. B. Kaffeearten, zur Abgabe der Eier angehalten werden. Das Polizeiamt kann anordnen, daß Hühner, die nicht abgeliefert sind, im Interesse der Antirentparnis abgetötet werden. Die Bewertung dieser Hühner im Haushalt des Hühnerhalters hat selbstverständlich unter Anrechnung auf die Mindestmenge zu erfolgen.

Für Hühnerhalter, welche eine größere Anzahl Eier, als die vorgeschriebene Mindestmenge abliefern, sind Sonderbestimmungen zu erlassen, soweit möglich auch sonstige Zusätze in Betracht zu ziehen.

§ 10.

Bis auf weiteres werden für die abgelieferten Hühner folgende Preise festgesetzt: Bei Ablieferung an die Annahmestellen oder die amtlichen Aufkäufer . . . 28 Pfg., bei Abholung der Eier bei den Hühnerhaltern 27 Pfg. Die vorstehend festgesetzten Preise gelten als Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes.

III. Eierverteilung.

§ 11. Eier von Hühnern, Enten und Gänsen dürfen an Verbraucher nur gegen die amtlich vorgeschriebenen Ausweise verabfolgt und von den Verbrauchern nur gegen solche Ausweise entgegengenommen werden.

Hühnerhalter haben keinen Anspruch auf Eierbezugsausweise und dürfen Eier auf solche Ausweise nicht entnehmen.

§ 12. Die Abschnitte der Eierbezugsausweise dürfen nur von den Verkäufern abgetrennt werden; auf bereits abgetrennte Abschnitte dürfen Eier weder verabfolgt noch entnommen werden.

§ 13. Die Vorschriften der §§ 12 und 13 gelten auch für die Abgabe von Eiern und Eierpellen in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Vereins- und Erfrischungsräumen, Mittagstischen, Konditoreien und dergleichen.

Als Eierpellen gelten gekochte Eier, Rühreier, Eß- oder gekeimte und Mannfuchen. Andere Eierpellen, ebenso Eiergetränke, dürfen nicht verabreicht und entnommen werden.

§ 14. Der Verkaufspreis für Eier bei Abgabe an die Verbraucher wird jeweils bekanntgegeben werden. Er gilt als Höchstpreis im Sinne des Höchstpreisgesetzes.

IV. Strafe und Uebergangsvorschriften.

§ 15. Wer den Vorschriften dieser Verordnung zuwiderhandelt, insbesondere, wer es unternimmt, diesen Vorschriften zuwider Eier abzugeben oder zu erwerben, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Eier oder der verbotswidrig hergestellten Erzeugnisse, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 16. Die Verordnungen, betreffend den Verkehr mit Eiern vom 16. September 1916, vom 5. Oktober 1916, vom 4. Dezember 1916 und vom 2. Juni 1917, und die Bekanntmachungen betreffend den Verkehr mit Eiern vom 14. April 1917 werden hiermit aufgehoben.

Lübeck, den 28. Februar 1918. (911) Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Die Geschäftsräume des Ausschusses für Kriegshilfe und der städtischen Karioffizstelle, Königstr. 13, sind für den öffentlichen Verkehr

vormittags von 8-1 Uhr und nachmittags . . . 3-5 . . . geöffnet.

An den Sonntags-Nachmittagen bleiben sie geschlossen. Lübeck, den 2. März 1918. (907) Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Zwei neue Schiebkarren | Ein Klappwagen m. Verdeck zu verkaufen. (912) billig zu verkaufen. (914) Zu erfragen in der Exped. Georgstr. 88, III.

Sammelwoche für Badmaterial bis Montag, 11. März, abends Sammelstelle: Salzpeicher.

Entgegengenommen werden Schachteln, Pappkasten, Tüten, Packpapier aller Art. Vergütung durch Gutheime je nach Beschaffenheit und Größe des eingelieferten Sammelgutes. Für die Dauer der Sammelwoche freie Benutzung des Glücksrades für jeden ausliefernden Sammler. Glücksradgewinne: Schulbücher, Geschichtsbücher, Lebensmittel. Helfst, Hauten auf Hauten zusammentragen! Kriegs-Brodenammlung, Lübeck.

Sozialdemokratisch. Verein

Morgen, Dienstag, den 5. März abends 8 1/4 Uhr

Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Die Stellung unserer Partei zur gegenwärtigen politischen Lage. Referent: Johs. Stelling.
2. Aussprache.
3. Innere Vereinsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen. Aus Anlaß des Friedensschlusses mit Rußland

Dankesfeier auf dem Marktplatz zu Lübeck heute Montag, d. 4. März 1918, abends 6 1/2 Uhr.

Ansprache von Herrn Pastor Pautke. Vorträge der Schutzmannskapelle. Gemeinsame Gesänge. Die Lübecker Sängerschaft wird gebeten, sich zur Verstärkung der gemeinsamen Lieder am Rednerpult einzufinden. (916)

Für die herliche Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung unseres lieben Vaters und Großvaters Friedrich Ritter

solange für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Reimpel unsern innigsten Dank. Im Namen der Hinterbliebenen Julius Ahrens und Frau geb. Ritter.

Zu verkaufen Sofa, 2 Sessel, Tisch 125 Mk. (910) Margaretenstr. 2a, I.

Verloren von ein. Kriegerfrau in Stöckelsdorf in der Kohlfraße am Sonnabend zwischen 3 und 3 1/2 Uhr ein Portemonnaie mit 50 Mk. Der Finder ist von ein. Hause beobachtet u. erkannt und wird geb., dasf. geg. Bel. abzurufen. Ahrensböcker Straße 16, I. (909)

Zu kaufen gesucht (905) Hauswandlumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zellulose, zu höchstem Tagespreis. Karl Kleinfeld, Waisenboffstr. 25. Telephon 2490.

Uhren-Reparaturen. Billige Preise. (906) Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren. Hermann Voß, Uhrmacher. Breite Strasse 54 und Huxstr. 71.

Hansa-Theater. Heute abend 7 Uhr. (913) Das Glücksmädel.

Stadttheater. Dienstag, den 5. März 1918: Anfang 6 1/2 Uhr: Die lustigen Weiber von Windsor.

Mittwoch, den 6. März 1918: Anfang 7 Uhr Die Fledermaus.

Donnerstag, d. 7. März 1918: Anfang 7 Uhr: Schauspielergemeinde

Web'dem, der lügt (Rote Karten.)

Das Wutgeschrei derer von gestern.

Die Wirkung, die Paners Reichstagsrede auf die Organe der Rechten ausgeübt hat, ist über alle Maßen groß. Die Herren, die es noch vor kurzer Zeit für eine Selbstverständlichkeit hielten, daß die Minister nach ihrer Pfeife tanzten, sehen sich zu ihrem Entsetzen von dem Reichstagskanzler des Deutschen Reiches von der Reichstagstribüne herab angegriffen. Damit befindet sich die Rechte zum ersten Male in einer Situation, die die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten gewohnt war. Wir haben's gelassen ertragen, aber die Rechte kann es nicht fassen. Der Wechsel der Zeiten ist rascher gekommen, als die Konservativen ihr bisheriges Gehirn umstellen konnten. Ihre Presse freischt, tobt und schreit wie ein hysterisches Frauenzimmer, das Schreikrampf kriegt.

Neuerlich betrachtet ist es ein gewaltiger Presseschorus, der gegen Herrn v. Payer die Wutorgane der Rechten in Bewegung setzt. Aber man darf sich nicht durch die Zahl der Blätter verblüffen lassen. Besitzt doch z. B. die Sozialdemokratie hinter der drei Viertel der Berliner Bevölkerung stehen, in Berlin nur ein einziges Blatt. Dahingegen verfügt die Rechte, die wohl kaum ein Zehntel der Berliner Bevölkerung zu ihrem Anhang rechnen darf, über fast ein Duzend Berliner Preßorgane. Allein die Schwärzindustrie und die Vaterlandspartei halten drei bis vier Blätter aus, deren kümmerliches Gewächs ohne diese beträchtliche Goldbaggerei auf dem Berliner Pflaster längst verdorrt wäre.

Sämtliche Wutereien der verärgerten alldeutschen Presse hier anzuführen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Man könnte acht Zeitungsseiten damit füllen. Nur einige Ueberschriften, die alles weitere vermuten lassen: „Ein schwarzer Tag am Königsplatz“ — „Herr v. Payer als Minister für Provokationen“ — „Ein deutscher Skandal“ — „Will die Regierung den inneren Krieg?“ — „Scherben“ — „uff. Eine kleine Blütenlese der Prädikate, die Herr v. Payer erhält: „Partei-politischer Klopffischer“ („Deutsche Tagesztg.“) — „Verfälschter Parteimann“ — er stand am Rednerpult als „Aufsichtsrat der „Frankfurter Zeitung“ („Deutsche Zeitung“) — „Tonart überlicher Demagogie“ („Berliner Neueste Nachrichten“) — „Bizekanzler für die Uneinigkeit des deutschen Volkes“ („Berliner Lokal-Anzeiger“). — Das letztgenannte schwerindustriell aufgekaufte Blatt erklärt die Wirkung der Payer'schen Rede für ein „verhängnisvolles Zeugnis für seine staatsmännische Befähigung“. Die „Kreuzzeitung“ spricht von Payers „Anmaßlichkeit“, erklärt Payers Rede sei mehr als eine ungehörige Entgleisung gewesen, die „unerhörteste Herausforderung“. Die „Deutsche Zeitung“, das Leitblatt der Vaterlandspartei, will bereits ans Ministerstühlen gehen. Sie schreibt:

Da eine Ueberbrückung des Gegenfases zwischen dem Bizekanzler von Payer und der rechten Seite des Hauses nach dem Verhalten des Herrn von Payer vom gestrigen Tage ausgeschlossen erscheint, steht man es in den weitesten parlamentarischen und politischen Kreisen bis hoch in die Regierung hinauf für das im deutschen Interesse Notwendige an, daß Herr von Payer seinen Posten, dem er so gar nicht gewachsen ist, verläßt.

Das alldeutsche Blatt befindet sich in einer völligen Verwirrung der Begriffe. Die von ihm geschilderte Ueberzeugung herrscht nur bei einer verschwindenden Minorität des Reichstages, den fünf Duzend der Abgeordneten der Rechten. Ein Rücktritt Payers würde für den Fortgang der innerpolitischen Verhältnisse die allererschwerwiegendsten Folgen haben.

Besonders ist gegenüber diesem mißtönenden Chorus zu beachten, daß die Rechte mit ihren Niederbrüllversuchen durchaus nicht den erwarteten Eindruck erzielt hat, nicht einmal auf ihre eigenen Freunde. So schreibt der freikonservative Freiherr Ottavio v. Zedlitz in der „Post“:

Die würdelose Gämizene, welche die Konservativen am Schluß seiner Rede herbeiführten, war zweifellos einer staats-erhaltenden Partei nicht würdig. Sie war auch taktisch völlig verkehrt, weil sie den Gegnern nur neue

Waffen liefert; aber man wird anerkennen müssen, daß der Bizekanzler die äußerste Rechte in seiner Rede auf das äußerste und in unverantwortlichster Weise gereizt hatte.

Diese Belehrung der Rechten durch einen der Ihren erübrigt es uns, selber ein Wort über das Verhalten der Konservativen im Reichstage zu verlieren. — Ein deutscher Staatsmann, der mit dem Volke regieren will, wird jedenfalls die „würdelosen Gämizenen“ der Konservativen ebenso wenig fürchten dürfen, wie das heisere Wutgeschrei ihrer Presseleute.

Die Militärdebatte im Reichstag.

Im August 1917 hat der Hauptausschuß des Reichstages eine Reihe Entschlüsse im Interesse der Feldgrauen gefaßt, deren Erledigung nunmehr in der Sitzung des Reichstages vom 23. Februar erfolgt ist. Wie nicht anders zu erwarten, wurden diese Entschlüsse mit einer einzigen Ausnahme einstimmig angenommen. Zunächst handelte es sich um die Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870. Der Antrag des Hauptausschusses forderte tunlichst mit aller Beschleunigung die Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870 aus dem Heeresdienste herbeizuführen zu wollen. Das erheblich einschränkende Wort „tunlichst“ war auf Veranlassung der Heeresverwaltung durch einen Antrag des Zentrums in den sozialdemokratischen Antrag hineingekommen. Das bot der preussischen Militärverwaltung Anlaß, nichts zu tun, wie der sozialdemokratische Redner im Reichstag feststellte, denn die Entlassung erschien eben nicht „tunlich“. Ein Beweis dafür, daß man auf die Anwendung solcher Kaufschuldbegriffe besser verzichtet. Damit stellt man dann die Heeresverwaltung von ein glattes ja oder nein. Den Beratungen im Plenum des Reichstages lag nun ein von den Abgeordneten Müller-Meinigen, Stücklen, Lehrenbach und Dr. Stresemann gemeinsam gefaßter Antrag zugrunde, der die Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870 aus dem Heeresdienste sobald als möglich verlangte, jedenfalls aber die dauernde Zurückziehung der Jahrgänge 1869 bis 1872 aus dem vordersten Linie zur militärischen Dienstleistung in die Heimat mit möglichster Beschleunigung herbeizuführen. Dieser Teil des Antrages wurde vom Reichstag einstimmig angenommen. Damit ist freilich die Durchführung dieses Beschlusses noch nicht unter allen Umständen gesichert. In die innere Organisation des Heeres kann der Reichstag im Frieden nur dadurch hineinreden, daß er die Mittel für einen Teil der Mannschaften aus dem Haushaltsplan herausstreicht. Gelder, die nicht bewilligt sind, darf die Heeresverwaltung nicht ausgeben, sie muß also auf die gestrichelten Mannschaften verzichten, oder die Regierung muß den Reichstag auflösen. Im Kriege ist es anders. Der Militärstat, der dem Reichstag während eines Krieges vorgelegt wird, enthält in der Hauptsache nur die Ausgaben für die dauernden Stellenvermehrungen und für größere Bauten. Alle anderen Ausgaben, insbesondere die Gehälter, werden aus dem Kriegsfonds bestritten. Der Reichstag hat also während des Krieges gar nicht die Möglichkeit, durch Kürzungen den Mannschaftsbestand des Heeres zu vermindern. Er kann seinem Willen nur dadurch Geltung verschaffen, daß er immer wieder auf die Regierung drückt, die gefaßten Beschlüsse auszuführen. General von Wriesberg hat sich nun namens der Militärverwaltung scharf gegen den von Stücklen erhobenen Vorwurf verwahrt, daß nichts geschehen sei und wies zum Beweise des Gegenteiles darauf, daß das Kriegsministerium eine Menge Erlasse hinausgegeben habe. Das ist zweifellos richtig. In Erlassen hat es nicht gefehlt, ob sie alle gelesen wurden, sei dahingestellt, befolgt sind sie jedenfalls nicht so worden, als wie das notwendig gewesen wäre. Mit der Hinausgabe von Erlassen, um deren Schicksal man sich dann nicht mehr kümmert, können Beschlüsse des Reichstages aber auch nicht als ausgeführt anerkannt werden. Der jetzige Kriegsminister hat Befugnisse, wie sie seine Vorgänger nicht hatten und von diesen Befugnissen muß er Gebrauch machen. Daß die Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870 möglich ist, ergibt sich am besten daraus, daß diese Jahrgänge in Bayern und in Württemberg längst dahinein sind; man hat sie freilich nicht direkt entlassen, aber sie sind dauernd beurlaubt. Etwas mehr guten Willen zeigen und es wird gehen.

Gleichfalls einstimmig erklärte sich der Reichstag dafür, daß, wenn Vater und Sohn gleichzeitig im Felde stehen, der Vater auf sein Verlangen aus der Feuerlinie zurückgezogen werden soll. Auch darin war sich der Reichstag einig, daß in der Erteilung von Urlaub eine größere Einseitigkeit und eine Erleichterung Platz greifen muß. Von Wert ist vor allen Dingen, daß der Vertreter der Heeresverwaltung ausdrück-

lich erklärt hat, daß es nicht als zulässig zu erachten ist, dem Urlaub lediglich deshalb zu sperren, weil sie eine Disziplinstrafe erlitten haben. Gerade das ist ein sehr wunder Punkt. Denn im steigenden Maße ist man dazu übergegangen, Leute die voll zu strafen, einmal dadurch, daß man sie in den Arrest steckte und dann noch einmal dadurch, daß man ihnen darüber hinaus auf eine bestimmte Zeit den Urlaub sperrte. Allerdings, davon den Sozialdemokraten geforderte Recht auf Urlaub zu haben, alles soll für ihn nur eine Vergünstigung für Pflichtbewußtheit und Wohlverhalten darstellen, mag dieses System an zu den größten Ungerechtigkeiten führen. Das militärische System ist eben ungemein zäh, ihm können Konzessionen nur in scharf kämpfenden abgerungen werden.

Die Zusage ist von einem weiteren Vertreter der Heeresverwaltung gemacht worden, daß man eine Gesetzesvorlage einbringen werde, wonach in den Fällen, in denen das Militärstrafgesetz in strengen Fällen als Strafe zulässig, künftig auch mildere Strafen zugelassen werden können. Dagegen meint man, auf den strengen Arrest nicht völlig verzichten zu können. Als die Befreiung b Strafe des Anbindens gefordert und durchgeführt wurde, habe einzelne Stellen in der Armee auch den Standpunkt vertreten, daß damit die Disziplin leiden müsse. Das Anbinden ist befehl, und die Disziplin hat nicht gelitten, wie eine Disziplin überhaupt von einem sehr fragwürdigen Wert ist, wenn sie nur durch Angst Strafe aufrecht zu erhalten ist. Schlechte Elemente beste man durch den strengen Arrest nicht, gute Elemente aber kann man dadurch verderben, abersehen davon, daß eine derart barocke Strafart mit dem Geiste der heutigen Zeit nicht in Einklang gebracht werden kann. Der Reichstag, dem doch auch Offiziere angehören, teilte den Standpunkt der Heeresverwaltung nicht, er forderte einstimmig die Befreiung der Strafe des strengen Arrestes.

Keine Mehrheit fand ein Antrag der „Unabhängigen“ an Vorlage einer Statistik über die Ergebnisse der Militärjustiz während dieses Krieges. Wir können die Bedenken nicht teilen, die angeblich gegen den Antrag sprechen sollen. Daß viele und schwer Strafen verhängt wurden, ist allgemein bekannt. Die Schwere der Strafen ergibt sich schon aus den Mindeststrafen für militärische Delikte, die in bestimmten Fällen fünf und zehn Jahre Zuchthaus betragen. Warum also diese Zurückhaltung, die man über für aber lang ja doch ausgehen muß! Diese Debatten waren nur das Vorbild zu den kommenden Auseinandersetzungen über den Militärstat, bei denen der ganze Komplex militärischer Fragen aufgerollt werden wird, die dieser Krieg in so enormer Fülle gezeitigt hat. Der Reichstag muß zeigen, daß er sich bemüht, soweit das in seiner Macht steht, den Wünschen und Klagen der Feldgrauen gerecht zu werden und die Sozialdemokraten waren dabei bisher stets die treibende Kraft. Wenn die Regierung den gefaßten Beschlüssen gegenüber passive Resistenz zu üben für gut befindet, dann hat sie allein die Verantwortung zu tragen und sie wird zur Rechenschaft gezogen werden.

Politische Rundschau. Deutschland.

Eine notwendige Anfrage im Reichstage.

Abg. Uhlir (Soz.) hat die folgende Anfrage eingebracht: „In einem streng vertraulichen Schreibe über die Mittelteilnahme an das Publikum und die Presse gelangen darf, teilt der Reichsverband für Herren- und Anabensbekleidung e. V., Sitz Düsseldorf, seinen Mitgliedern mit, daß die Reichsbekleidungsstelle dem großen Mangel an Oberbekleidung für die minderbemittelte Bevölkerung durch abhelfen wolle, daß sie an Stelle der Beschlagnahme der Männer- und Anabensbekleidung in den Detailgeschäften dem obengenannten Verbande die Verpflichtung zur Lieferung von 250 000 Anzügen auferlegt und den Ablieferern gestattet habe, auf den Fakturen- oder Einstandsmerk dieser Kostandsbekleidung Zuschläge bis zu 50 Prozent zu machen.“

Hat der Herr Reichskanzler Kenntnis von diesem ganzen Verfahren, im Besonderen von der durch die bewilligten Zuschläge bewirkten ungeheuerlichen Verteuerung der Kostandsbekleidung für die minderbemittelte Bevölkerung? Und was gedenkt er dagegen zu tun?

Handel und Wandel.

Von F. W. Hasländer.

38. Fortsetzung.

Solchermäßen instruiert nahm ich herzlichen Abschied von meiner Nichte, der kleinen Emma, und trat kloppenden Herzens in Begleitung des Betters meinen Weg in die neue Kondition an. Das Stieglische Haus war ein neues und schönes Gebäude und der Laden im unteren Stock zeigte durch hohe helle Spiegelwände, wie ich nie ähnliche gesehen, dem Vorübergehenden die herrlichsten Stoffe und Gegenstände.

Auf meinen äußeren Menschen hatte ich heute morgen besondere Sorgfalt verwendet; der Anzug war schwarz, mein Haar glatt gekämmt und sorgfältig geschwefelt. Letzteres hatte meine Nichte besorgt und mir dabei zugesichert, ich solle der Madame Stieglitz gegenüber nur recht bescheiden und schüchtern auftreten.

Der Betteer führte mich am Laden vorbei zu der Eingangstür des Hauses und zog dort die Glöde. Bald wurde von einem kleinen Manne geöffnet, der, eine Brille auf der Nase, ziemlich verdriehlich nach unserem Begehren fragte. Dieser Mann, eine ver-kümmerte, dicke Figur, etwas stark auf die Seite gebogen, welche Abhängigkeit er durch die in die Seite gestemmte linke Hand zu vergleichen suchte, hatte einen braunen, bis auf die Füße gehenden Oberrock an, eine weiße, etwas gelbe Halsbinde, und war der Herr Stieglitz in eigener Person. Er öffnete ein Zimmer auf ebener Erde und ließ uns eintreten, worauf mich ihm der Betteer vorstellte; ich wollte mich gerade mit ein paar passenden Worten dem neuen Prinzipal empfehlen, als er mich mit heiserer Stimme in derselben mürrischen Weise, mit dem er die Tür öffnete, unterbrach und mit den Worten: „Schön gut, ich will meine Frau rufen!“ auf großen Pantoffeln, die er lässig an den Füßen trug, davonstürzte. Dieses unfreundliche Wesen meines Chefs hatte einen unangenehmen Eindruck auf mich gemacht, zudem wurde jetzt in der Hausflur eine Stimme laut, welche in tiefem Ton und ziemlich heftig die Worte sprach: „Hat denn die Geschichte solche Eile? Ist es nicht möglich, daß man mich einen Augenblick ruhig an meinen Geschäften läßt, kann denn das neue Subjekt nicht warten?“ und die Sprecherin trat gleich darauf ins Zimmer, eine große rüstige Frau mit einem strengen Gesicht, ziemlich weichen Haar, das unter einer einfachen Haube hervorlachte. An der Schürze trug sie einen mächtigen Schlüsselbund und das Zetter des Ladens, die Elle, hatte sie in der Hand. Der Betteer stellte mich der Prinzipalin, denn diese war es, vor; Madame Stieglitz bot dem Professor einen Stuhl an, die beiden setzten sich, und der Prinzipal und ich wir blieben stehen. Mit aufmerksamem Blick sah mich Madame Stieglitz an und sagte zum Betteer: „Der junge Mensch sieht nicht übel aus, ich hätte ihn mir aber größer und

stärker gedacht.“ Sie wandte sich an mich: „Hat Er Lust, den Kaufmannsstand zu erlernen?“ fragte sie barisch, und ich antwortete schüchtern, daß ich mir alle Mühe geben werde, und vorzüglich sei es die Fabrikation der Seidenstoffe, die zu begreifen ich außerordentlich begierig sei. „Was Fabrikation?“ antwortete Madame Stieglitz, „daran denkt man vorherhand noch nicht, wer einen Stoff erzeugen will, muß ihn vorher genau kennen lernen. Darum zuerst ein paar Jahre die Elle in die Hand genommen und die kleinen Bücher geschrieben! Dann sieht man, ob Fleiß und Betragen danach sind, daß man ihn auf der Wiegkammer gebrauchen kann; ich verlange Ehrlichkeit, Pünktlichkeit, offene Augen und Gehorsam, das andere findet sich alsdann von selbst.“ — „Ja, das findet sich von selbst“, wiederholte der Prinzipal.

„Wann wünschen Sie,“ fragte der Betteer, „daß der junge Mensch seinen Dienst antrete; vielleicht zu Mitte dieses Monats?“ Er kann in diesem Falle die acht Tage bis dahin in meinem Hause zubringen.“

Wie dankte ich dem Betteer für die freundliche Aussicht, die er mir eröffnerte, noch acht Tage lang frei und in seinem schönen Garten sein zu dürfen! Doch warf die Frau Prinzipalin die Luftschlüssel, die ich in Gedanken schnell erbaute, mit einem Male über den Haufen, indem sie sagte: „Was, Mitte eines Monats, Herr Professor? Um etwas Nüchternes zu lernen, kann man nie früh genug anfangen, und der Kaufmannsstand ist nicht so leicht, wie mancher glaubt; wenn es auch schwerer ist, sich große Wissenschaften anzueignen und gelehrt zu werden, so braucht man doch auch Zeit, um die unzähligen Stoffe, mit denen wir umgehen, kennen zu lernen und ein Hauptbuch gut und sauber zu führen. Lassen Sie mir den jungen Menschen gleich heute da, wir wollen ihn schon beschäftigen.“ Und der Prinzipal setzte hinzu: „Ja, wir wollen ihn schon beschäftigen.“

Abgelutend nahm der Betteer seinen Hut, empfahl sich dem Hause Stieglitz und Kompanie und ging eilig davon, nachdem er mir die Hand gereicht.

Mir war das Weinen näher als das Lachen und ich blieb wie angewandert auf meinem Plage stehen; der Prinzipal wurde mit einem bedeutenden Wink vor die Tür geschickt, und als wir allein waren, hielt mir Madame Stieglitz eine Antrittsrede, die ich in meinem ganzen Leben nicht vergessen will: „Junger Mensch,“ sprach sie, „wir sind allein und das ist gut; denn wenn ich meinen Leuten etwas Unangenehmes zu sagen habe, so braucht es keine weiteren Ohren als die meinigen und die, welche meine Worte hören sollen; aber da wir einmal bei den Ohren sind, so bitte ich, das, was ich jetzt sage, nicht zum einen hinein, zum anderen hinausgehen zu lassen, und sich alsdann wohl zu merken, daß ich allen meinen Worten nur dreimal erstute Worte ins Gewissen spreche: das erste mal beim Antritt, wo es mir wie beim Him notwendig erscheint, das zweitemal, wenn die Ausführung nicht so ist, wie ich es ver-mute und will, und das drittemal, wenn ich jemand fortgeschick-

Er also ist mir von keinem Oheim und Vormund als ein etwas leichtsinniges und unruhiges Subjekt, das gern dumme Streiche macht, gelidert worden, und man hat mich gebeten, ein aufmerk-sames Auge auf ihn zu haben, um den Versuch zu machen, ob es möglich ist, ihn zu einem brauchbaren Mitglied der menschlichen Gesellschaft heranzubilden. Das will ich getreulich tun, aber Er helf mir; Heiterkeit nach getaner Arbeit, die anständig ist und Gott den Herrn nicht beleidigt, ist auch mir nicht zuwider, aber dummes Späßmachen habe ich in den Tod; arbeite Er fleißig, bete Er fleißig, denn ohne Gottes Hilfe ist an das Gelingen eines guten Werkes nicht zu denken. Ich tue es auch und lange kein Geschäft an, ohne den Himmel zu bitten, daß er mir Kraft zum Vollbringen desselben geben möge; man muß aber auch aufrichtig fromm sein und nicht bloß scheinheilig und den ganzen Tag tun, als wolle man unteren Herrgott bei den Füßen anfassen. Hatte er sich an meinen Wächter Specht, das ist ein frommer gott-gesälliger Mensch und tut seinen Dienst wie ein redlicher Knecht, der mit seinem Pflaube muckert und es nicht vergräbt. Komm Er jetzt mit mir, wir fertigen gerade die Bilanz und da kann Er nach Seinen Kräften helfen.“

Woll von der Rede, die mir gehalten und die mir ernst und mahnend, wie die Botsame des Jüngsten Gerichts, in den Ohren geklungen, folgte ich meiner Prinzipalin in das Warenmagazin im oberen Stock, wo ich angewiesen wurde, mehrere Stücke Merino und ähnliche Stoffe herunter in den Hof zu tragen, dort auf einen Tisch zu legen und mit einem kleinen Stöckchen verb auszuklopfen. Nachdem das geschehen war, erließen der Prinzipal in höchst eigener Person und zeigte mir, wie man die Elle handhaben müsse; das Stück wurde abgemessen, gemessen und wieder aufgewickelt; — ein höchst angenehmer Zeitvertreib.

Der Hof, in welchem mir so die Anfangsgründe des Mode-warengefächts beigebracht wurden, war von allen Seiten mit hohen Häusern umgeben, deren hinteren Teil ich mit allen den Einzelheiten des Familienlebens vor Augen hatte: an vielen Fenstern standen weiße Wäsche, dort zum Trocknen aufgehängt, an anderen standen Blumenstöcke, und das die Pflanzen in denselben hier und da besoffen wurden, zeigten lange schmutzige Streifen, die an den Wänden hinabließen. Die Köchinnen der verschiedenen Leute, welche jene Häuser bewohnten, waren beschäftigt, alle möglichen Sorten Gemüse zu putzen, und Kartoffelschalen und grüne Blätter fischen hier und da in den Hof. Mit dem schwermütigen Gesicht einer Hiesel, die wahrnehmlich in ihrem Köfig ebenso nach Freiheit seufzte wie ich an meinem Auslopfstich, erhaltete das Preis aus der Rehle einer munteren Stubenjungfer und ich mußte ihr: „Meine Ruhe ist hin, mein Herz ist schwer!“ sehr häufig vornehmen. Aber meinem Haupt sah ich ein Stück des blauen Himmels und das tiefe Blau beselben bläute mich allein tröstend und heu-

(Fortsetzung folgt.)

die Scherindustriellen ein annectiertes Erbgelb, für Agrarier wirtschaftlichen Abschluß gegen das Ausland. Die sogenannten Steuer- und Wirtschaftszweige hielten unter Vorsitz des Grafen von Sierich-Sorquitten ihre 40. Hauptversammlung in Berlin ab. Die Art Reform es ist, die diese Herrschaften in der Steuerpolitik machen wollen, deutete schon die Eröffnungsrede des gräflichen Vorsitzenden an, der etwa zu dem Zweck kam, daß die Uebertragung des Reichstagswahlrechts in Preußen eine vermögensstutzende Steuerpolitik in Würde, die die Einzelstaaten und schließlich das Privatrentum gefährdet.

Und wenn der Graf seine Gelüste nach Annexionen und Vermögensbedingungen nach in allgemeinen Redewendungen darstellte, so erklärte der nachfolgende Redner, ein Herr Professor Dr. R. van der Borgt, ganz offen, daß das Erbgelb von Longwy und Brien annectiert werden, und der Herr Redner, Professor Dr. Dade, daß nach Eingliederung der preussischen Agrargebiete Kurland, Livland, Estland und Litauen in das deutsche Wirtschaftsgebiet, die deutsche Schutzpolitik vor dem Kriege nach Friedensschluß wieder aufgenommen werden müßte.

Kann man sich wundern, daß diese Herrschaften jedesmal in einem Lobhudeleifer ansetzen werden, wenn sie an die Forderungen der Reichstagsmehrheit denken? Aber es ist gut, daß so offen ausgesprochen wird, weshalb ihnen ein Friede, den die Reichstagsmehrheit und mit ihr fast das ganze deutsche Volk will, ein Hungerfriede ist. Die Gerichte, die sie bei Friedensschluß zu verpfänden trachten, dürften ihnen allerdings dann nicht vorgelegt werden.

Eine härtere Ueberwachung des Eisenbahngüterverkehrs.

Die Diebstähle an Transportgütern auf den Eisenbahnen, die sich in der letzten Zeit immer mehr häuften, haben zu geführt, eine Verstärkung der militärischen Wachmannschaften an den Verschiebebahnhöfen, Güterböden und Ladestellen in Betracht zu ziehen. Verhandlungen, die deswegen zwischen dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten und dem Kriegsministerium schweben, haben dazu geführt, daß eine vermehrte Stellung militärischer Wachen und Posten für die größeren Rangierbahnhöfe und sonstigen Transportstellen in Aussicht genommen worden ist, soweit es sich um militärischen Interessen vereinigen läßt, mehr Mannschaften zur Verfügung zu stellen. Für die Ermittlung von Diebstählen sollen fortan den den Wachmannschaften angehörigen Militärpersonen Belohnungen in gleicher Weise gewährt werden, wie sie die Angestellten der Eisenbahndirektionen schon erhielten. Man hofft, durch diese Maßnahmen die Diebstähle in Zukunft wirksamer entgegenzutreten zu können.

Eine Stimme aus dem Grabe gegen die Vaterlandspartheier.

In seiner Rede zur Marokko-Frage sagte unser verstorbenen Genosse Debel 1911:

„Wenn es zum Kriege kommen sollte, so würde ich vorziehen, daß aus diesen Kriegsheerern eine Brigade gebildet wird mit dem Titel: Brigade zur Rettung der Ehre des Vaterlandes“ (Heiterkeit), und an der Stirn der Kopfbedeckung müßten die Worte stehen: „Retter des Vaterlandes.“ (Erneute Heiterkeit.) Es müßten zunächst in die Schlacht die hegenden Redakteure und Abgeordneten, die die großen Großindustriellen, kurz, alle jene, die an der Kriegsbereitschaft sind. Diese müßten in der Schlacht vorkammandiert werden, um mit ihren doch meist ziemlich korrupten Leibern (Große Heiterkeit) zur Ehre des Vaterlandes das Feld zu decken. (Erneute große Heiterkeit.) Das würde uns imponieren. Aber ich bin überzeugt, daß diese Leute nicht nur nicht in den Krieg gehen, sondern es sich sogar sehr überlegen werden, ob sie im Kriegsbilde die nötigen Millionen aus ihrer Tasche geben.“

Konservative „Ordnungsrufe“ nach Süddeutschland.

Aus Süddeutschland bringen immer mehr Stimmen nach Preußen, die ihrer Ueberzeugung von der Notwendigkeit der modernen Ausgestaltung des preussischen Wahlrechtes Ausdruck geben. Besonders den preussischen National-Liberalen ist von süddeutschen Parteifreunden recht dringend ins Gewissen geredet worden, in Sachen der Wahlreform weniger pseudo-national, aber desto mehr liberal zu handeln. Diese Bestrebungen süddeutscher bürgerlicher Politiker, ihre preussischen Parteigänger zur Vernunft zu bringen, haben die preussischen Konservativen gewaltig in Verärgerung gebracht. Das zu einer Nacht gerannte deutsche Vaterland ist eine bestohene Zucht von konservativen Kriegsbereitschaften, in Fragen jedoch, die das Privileg der Gebilde der preussischen Feudalen und die Abschaffung des preussischen Finanz-Abels bedrohen, stellt man sich stramm auf den Standpunkt jener parlamentarischen Spritzenmannschaft: „Das ist unser Feuer!“

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat schon mehrere Male einen Bannstrahl über den Rhein geschleudert und während der Wahlrechts-Verhandlung der preussischen Reaktion „Ruhe“ gefordert. Und die „Kreuz-Zeitung“ verhöhnt gleich zwei Artikel in einer Nummer an den Versuch, diese süddeutschen Stimmen zum Schweigen zu bringen und die Deutschen jenseits des Rheins von der Berechtigung des preussischen Feudal-Partikularismus zu überzeugen. Der eine Artikel trägt die Überschrift: „So einwüßig!“

Es ist auch noch niemand im Reiche auf den Gedanken gekommen, in innerpolitischen Angelegenheiten Württembergs einzugreifen. Auf dem Umwege über den Reichstag zu intervenieren die württembergischen Demokraten den preussischen Staat mitregieren zu dürfen. Das ist eine Kompetenzüberschreitung, die mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden muß.

Ob diese „entwüßigene“ Zurück- und Zurückweisung die Schwaben abhalten wird, darüber ihr Urteil über die deutsche Frage abzugeben, ist zu bezweifeln. Soweit wir den Schwabengeist kennen, werden die Herrschaften sich sagen, daß sie nicht als einen Schwaben aufweisen können, der zu den deutschen Kultur und Geistesleben mehr beigetragen hat, als die ganze preussische Unterklasse seit ihrem Bestehen zusammengebracht. Und eine deutsche Frage ist es, unter welchen politischen Rechtsverhältnissen weit über die Hälfte aller Deutschen in ihrem speziellen Vaterlande leben.

welche die schlimmen Wirkungen erkennen, die von der völligen Demokratisierung Preußens für ganz Deutschland, für die große deutsche Volkheit zu befürchten sind. Ueberdies hat die nationalliberale Partei Ladens mit der Einführung des direkten gleichen Wahlrechtes ungünstige Erfahrungen gemacht.

Ob was helfen wird? Ganz wohl scheinen sich jetzt in ihrer Rolle der Wahlrechts-Verweigerer auch die preussischen Konservativen nicht zu fühlen. Man denke doch, was das besagen will! Ein Volk hat die Rechnung der „Kreuz-Zerlegung“ unbedingt: Man weiß auch in Süddeutschland, auf welche Weise das Dreiklassenwahlrecht in Preußen zur Welt gekommen ist.

Oesterreich-Ungarn.

Unkundig eine Verfassungsreform in Oesterreich.
Unter Vorsitz des Präsidenten des Abgeordnetenhauses fand eine Besprechung von Abgeordneten sämtlicher Parteien statt. Ministerpräsident von Seidler erklärte, die Regierung sei bereit, Mittel und Wege zu finden, um ein Einvernehmen mit den Parteien zu erzielen behufs Flottmachung eines des Parlamentes. Der Weg dazu lehne der Regierung durch eine Verfassungsreform gegeben. Der Ministerpräsident überlasse den Parteien die Entscheidung der Vorfrage, vor welchem Forum sich die Verhandlungen darüber abspielen sollten. Nach Lösung dieser Vorfrage sei der Ministerpräsident bereit, Entwürfe zur Verfassungsreform vorzulegen. Die Konferenz einigte sich dahin, über die Vorschläge des Ministerpräsidenten ihren Klub zu berichten.

Ernährungsfragen.

Die Landwirte kreieren nicht.

So sprach zumredend ein Redner kürzlich auf der Tagung des Bundes der Landwirte in Berlin. Zur Erläuterung dessen, was es überhaupt ansehe der zutage liegenden Tatsachen nach nötig ist, verweisen wir auf nachfolgende Mitteilung des „Hannoverschen Couriers“: Aus dem Emsland, 20. Februar. Die bei den Inhabern von Wahlkarten (Selbstverordneten) ständige militärische Revision hat erwiesen, daß unsere Landwirte es noch vielfach an dem ehrlichen Willen fehlen lassen, an dem Durchhalten unseres Volkes nach Kräften mitzuwirken. So wurden im Boden vergraben bei einem Landmann über 20 Zentner Roggen gefunden, der für den menschlichen Genuß völlig unbrauchbar geworden war. Auf dem Felde waren weit über 100 Zentner Roggen verstreut, welche als wertloses Gut der Beschlagnahme anheimfielen; in einzelnen Fällen gelang es, die Eigentümer zu ermitteln. In mehreren Orten, wie Oberlangen, Niederlangen, Mellstrop, Wippingen u. a., wurden überaus zahlreiche Verletzungen festgestellt. Nicht nur hinterzogenes Getreide, sondern auch Rind- und Schweinefleisch, Speck, Salz, Militärschuhe, Zeltbahnen, Wolle, Flach usw. wurden aus den Verstecken hervorgerast; besonders diente der Wald als günstiger Schutzwinkel. Das bewachte Getreide sollte laut und sondern an Tiere veräußert werden. Gegen solche vaterlandslösende Gesinnung sollten die härtesten Strafen plakatiert, denn Verwarungen und Ermahnungen, selbst Geldstrafen, truchten hier nichts mehr.

Schamlose Aufsammlung von Lebensmitteln.

Amlich wird gemeldet: In letzter Zeit hat das Kriegswaheramt der Polizeidirektion Wien in einer Reihe von Betrieben, insbesondere bei Speiteuren, Fuhrwerkern, Obsthändlern, ferner in großen Kaffeehäusern, Restaurationen und Hotels Wiens Nachschau nach aufgeschickten Lebensmitteln und anderen Bedarfsgegenständen gehalten und folgendes festgestellt: Mehr als 5000 Kilogramm Hülsenfrüchte, mehr als 8000 Kilogramm Wahlprodukte, darunter gegen 6000 Kilogramm Mehl, fast 13 000 Kilogramm Körnerfrucht, 4000 Kilogramm Zucker, 4600 Dosen Kondensmilch, 1800 Kilogramm Fleischkonserven, 2622 Kilogramm Gemüse und 1605 Kilogramm getrocknete Schwämme, gegen 7000 Kilogramm Fruchtstücke, insbesondere Himbeeren, 2000 Kilogramm Kaffeesatz, 23 000 Kilogramm Leinwand, 6000 Kilogramm Baumwollwaren, 2400 Kilogramm Leber, 10 000 Kilogramm Zerkleinert, 20 000 Kilogramm Seife und Seifenpulver, 100 000 Kilogramm Eisenpulver, 160 000 Kilogramm Kaputt usw. In einer Reihe von Kaffeehausgarderoben waren die verschiedenartigen Artikel und Warenmengen aufbewahrt, wie Schokolade, Mehl, Körnerfrucht, Zigaretten (insgesamt etwa 10 000 Stück), Zucker und Zuckerin, aber auch Leber, Stoffe, Wirtwaren, Widelgummigewirne usw. Es konnte überdies in ungewisselter Weise nachgewiesen werden, daß bei einzelnen Fuhrwerkern Pferde, bei einzelnen Gastwirten Schweine mit Weizen oder anderer Körnerfrucht gespeitert wurden. Die Strafamtsgeschandlungen wurden eingeleitet. Die Revisionen werden fortgesetzt.

Umstellung der Kriegsernährung.

Der Fall zwischen dem Kriegsernährungsamt und den landwirtschaftlichen Genossenschaften ist jetzt allem Anschein nach abgeschlossen. Als zuerst von landwirtschaftlicher Seite gefordert wurde, daß die Genossenschaften die landwirtschaftliche Erzeugung „erhalten“ sollten, da wurde ebenso aus den Kreisen der Konsumenten wie des Handels gegen solche Pläne der schärfste Widerspruch erhoben. Das Kriegsernährungsamt stellte zunächst derartige Absichten in Abrede und gab höchstens zu, daß man darüber in Erwägungen eingetrete sei. Nun veranlaßten die amtlichen Mitteilungen aus dem Kriegsernährungsamt eine Auslassung, aus der hervorgeht, daß die Frage im wesentlichen entschieden ist. Allerdings wird verneint, daß weder eine systematische Umstellung der Kriegsernährung allein aus genossenschaftlichen Leistungen, noch eine Ausschaltung des innerhalb der Kriegswirtschaft beschäftigten Handels durchgeführt werden soll. Aber mag die Umstellung nun „systematisch“ sein oder nicht, unter allen Umständen sollen die landwirtschaftlichen Genossenschaften als „privatrechtliche Geschäftskörperschaften“ in das System der Kriegsernährung eingeschoben werden. Das ergibt sich aus folgenden Sätzen:

„Das Kriegsernährungsamt hat gemäß den Bundesregierungen empfohlen, unter diesen Voraussetzungen die Durchführung der kaufmännischen Geschäfte in den Kommunalverbänden und Gemeinden bei der Erzeugung der landwirtschaftlichen Produkte grundsätzlich sachkundigen Geschäftskörperschaften zu übertragen, die in Form privatrechtlicher Gründung aus den Kreisen der Genossenschaften und des Handels, oder aus beiden Gruppen nebeneinander, gebildet werden und damit rein bürokratischer Handel ersetzen sollen. Dies gilt vorbehaltlich aller bestehenden Bestimmungen, insbesondere der Bestimmungen der Reichsgerichtsordnung über selbstverwaltende Kommunalverbände, und wird für die geschäftliche Abwicklung der Erzeugung beschlagener Dinge durch Kommissare und die Erzeugung ablieferungspflichtiger Waren durch selbständige kaufmännische Geschäftskörperschaften möglich sein, wie dies mit Erfolg schon vielfach im Reiche üblich ist.“

Hieraus würde der Handel zwar nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden, aber er würde in der Praxis kaum noch viel Gelegenheit zur Betätigung finden. Zweifellos ist die Form, in der diese von agrarischen Kreisen verlangte Aenderung der

Lebensfähigkeit schmachtend gemacht werden soll, recht gefährlich. Das kann indessen in keiner Weise die Bedenken gegen die vorgeschlagene Neuerung zum Schweigen bringen. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind ihrer ganzen Zusammenlegung nach für eine unparteiische, zuverlässige und vollständige Erhaltung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ungeeignet. In dieser Hinsicht stimmen die maßgebenden Kreise des Handels, die Organisationen der Konsumenten und die Kommunalverwaltungen überein. Deshalb erscheint es unbedingt erforderlich, daß der jetzige Vorschlag von den in Frage kommenden Beteiligten sehr genau geprüft wird, und daß zumal der Reichstag sich eingehend damit beschäftigt. Immer nachdrücklicher mußte die Forderung nach einer reiflichen Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte erhoben werden, da sonst der Schleichhandel auch durch die rigorosesten Gelehe nicht zu beseitigen ist und ebenso die Gefahr einer Ushungung der städtischen Bevölkerung trotz vorhandener ausreichender Nahrungsmittel droht. Wir würden, daß der jetzt in Aussicht genommene Weg die Menge der für die Volksernährung verfügbaren Nahrungsmittel noch weiter vermindern würde, unter keinen Umständen aber vermehren wird.

Aus dem Gerichtssaal.

85 100 Mark Geldstrafe. Die Strafkammer in Schweinfurt verurteilte wegen Betrübens und Malicioushandlungen nach Norddeutschland den Kaufmann Ernst Schüller aus Schweinfurt zu 85 100 Mark Geldstrafe oder zwei Jahren Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

Von einem Einbrecher niederschossen wurden am Donnerstagabend in Berlin der 58jährige Lehrer Thiene und der bei ihm auf Besuch weilende Diplomat-Ingenieur Glienke. Beide wurden sofort dem Elisabeth-Hospital in Oberbismarckstraße zugeführt, wo Thiene in der Nacht der schweren Schußverletzungen erlag. Auch der Diplomat-Ingenieur ist nach späterer Meldung seinen Verletzungen erlegen. Über die Tat erzählt der „N. V. M.“ noch folgendes: Thiene, die in der Kaiser-Wilhelm-Str. 15 zu Karlsruh in einem eigenen Landhaus wohnt, in der achten Abendstunde zur Ruhe gehen wollte, hatte man verdächtige Geräusche und Thiene besah sich mit seinem unfünftigen Schwiegermutter G. erickte in den Hof. In diesem Augenblick kam ein Einbrecher aus dem Keller, der nun von den beiden Männern im Hause verhaftet wurde. Der Einbrecher rief sich jedoch los und ent in den Garten, wo er auf seine Verfolger mehrere Schüsse abgab. Beide konnten mit einem Aufschrei zusammenkommen. Der Einbrecher kletterte über einen zwei Meter hohen Zaun, an dessen Stacheldraht er sich ohne Zweifel besonders die Hände verletzt hat, und entkam. Der flüchtige Einbrecher ist ein kleiner Mensch, hat blondes Haar und vorstehende Backentmochen und trug eine dunkle Hose und einen braunen Überzieher. Im Ort des Überfalles liegt er einen schwarzen Velourhut zurück, der in Buchstaben das Zeichen G. S. trägt.

Schwiegermutter und Kind erschossen. Eine furchtbare Familientragödie spielte sich in Berlin in der Wittnacker Str. 21 ab. Im ersten Stock des Hauses wohnt der Reamtenhelferretter Karl Blank mit seiner Frau und einem 2 Monate alten Kinde. Blank ist leichtsinntig veranlagt, verschwendete sein Geld und kummerte sich wenig um seine Familie. Aus diesem Grunde gab es öfter Streit. So auch vorgestern abend wieder. Der Aufruhr endete damit, daß Blank seine Schwiegermutter und sein Kind erschöß und seine Frau so schwer verletzte, daß sie nach dem Krankenhaus Moabit gebracht werden mußte. Blank ergriff die Flucht und ist noch nicht erfaßt.

Wieder ein Unfall durch Petroleum-Entwehren. Am Dorfe Neuhaus bei Vadenborn verbrannten beim Anzünden eines Ofens mit Petroleum eine Frau mit ihren zwei Kindern.

Suppelnschuld. Im Pfarrhaus des Dorfes Kartow, Bahnstation Reinsberg wurden in der Nacht vom 1. März Pfarrer Theodor Fischer und seine Haushälterin ermordet. Vermutlich liegt Raubmord vor. — Kölner Wärrern zufolge hat die 19jährige Katharina Keng, Tochter eines Kleinbauern, eineständigen, den Worten an dem Pfarrer Fischer und dessen Haushälterin verlobt zu haben. Die Täterin war, als Schreiberin anonym beleidigender Briefe festgesetzt und ihr vom Pfarrer eine dreitägige Frist gestellt worden, dem Bürgermeister ihre Verfehlungen einzugestehen. Kurz vor Ablauf der Frist abends 8 Uhr besah sich die Keng mit einem Beile und einem Brotmesser bewaffnet ins Pfarrhaus, wo sie zunächst die Haushälterin, dann den hinzukommenden Pfarrer erschlug und ihm den Hals durchschnitt. Die Täterin ist vielleicht geisteskrank.

Bei einem Brande ums Leben gekommen ist nachts der 32jährige Hermann Scholz in der Memeler Straße 16 in Berlin. Die Feuerwehr wurde um Mitternacht nach dieser Brandstelle gerufen, wo in einer Wohnung Möbel und Betten in Flammen standen. Die Wehr löschte das Feuer und fand den Scholz schon verbrannt vor. Jeder Rettungsversuch war vergeblich.

54 Jahre im Zuchthaus. Aus Gießen wird dem „Kasseler Tageblatt“ berichtet: In der Zellenstrafanstalt zu Bugholz, Oberhessen, ist der 1838 geborene, aus Storndorf bei Alsfeld stammende Johann Herberich an Altersschwäche gestorben. Er hatte in der Nähe von Salzhausen den Fuhrmann Adam Müller aus Eischelshausen ermordet und verurteilt und war am 23. Juli 1863 von dem damaligen Großherzoglichen Hofgericht der Provinz Oberhessen zum Tode verurteilt, später aber zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden. Diese Strafe hat er am 8. Oktober 1863 angetreten. Somit hat er über 54 Jahre im Zuchthause verbracht. Entschuldig! Haben die Behörden den Väter vergessen oder wollten sie ihn nicht zur Begnadigung vorschlagen? Und warum nicht?

Bürgertafel.

Als liberale Staatsbürger sind angenommen und vereidigt: Zollaufseher Ambrosius; Former Arnold; Fischer Bode; Schlossermeister Baunard; Zugschneider Lobe; Arbeiter Busch; Arbeiter Fied; Schankwirt Geertz; Geschäftsvreisender Grether; Renteneinpfänger Hafer; Schloßergeselle Heitmann; Arbeiter Hingmann; Wollschäfler Jben; Zigarrenfabrikant Klisch; Kolonialwarenhändler Krellenberg; Maurergeselle Krippars; Werkmeister Krüger; Diplomat-Schloßergeselle Rothnagel; Arbeiter Möller; Werkmeister Möser; Schloßergeselle Rothnagel; Kaufmann Propp; Tischlergeselle Butt; Straßenbahnwagenführer Raif; Almpnermeister Reitenbach; Arbeiter Remohl; Maurergeselle Seaf; Gärtner Schmidt; Rentienwirt Schönfeld; Schmiedegeselle Schull; Geschäftsführer Ubrich; Butterhändler Vorrath; Kanjlist Wulf.

Briefkasten.

W. B. Wir möchten doch nicht so ohne weiteres den Stab über den Vater brechen. Besteht nicht die Möglichkeit, daß er krank oder aus irgend einem anderen Grunde verhindert war?

Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung
Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co.
Gantlich in Lübeck.

Druckmaschinen jeder Art zur Beamt., Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“, Johanniskr. 46